

Aus dem Inhalt:

Massenprozess in Hannover

Panik an der Boerse

Eugen Richter

Prix: Fr. 1,50

Ist das Volk kriegsbereit?

Die inneren Schwierigkeiten der deutschen Diktatur

Hitlers Diplomatie hat einen neuen Plan gegen die Tschechoslovakei ausgeheckt. Weil die Tschechoslovakei nicht vor der deutschen Ueberfallandrohung kapituliert hat, sollen die Engländer durch diplomatischen Druck von der tschechoslovakischen Regierung erzwingen, was das Dritte Reich gerne möchte. Nachdem der erste, mit Gewalt drohende Anschlag auf die demokratische Bastion in Mitteleuropa fehlgeschlagen ist, soll eine diplomatische Intrige Hitler dem Ziele näher bringen. Während die Tschechoslovakei in abwartender Bereitschaft dasteht, bereit, ihre Existenz zu verteidigen, sind die Hitlerdiplomaten nach London gelaufen, um den Engländern einen schändlichen Handel vorzuschlagen. Sie muten den Engländern zu, dass sie die Bundesgenossen ihrer französischen Freunde preisgeben, dass sie ihre eigene Autorität hinter die machtpolitischen Pläne Hitlers in Mitteleuropa stellen.

Diese Zumutung beruht auf der üblichen Erpressung: „Entweder wir bekommen unseren Willen, oder es gibt Krieg!“ Indessen ist diese Erpressung seit den Vorgängen von Ende Mai nicht mehr so wirksam wie bei früheren Gelegenheiten, denn inzwischen hat sich die unerwartete Widerstandskraft des tschechoslovakischen Staates gezeigt. In diesem in seinem tschechischen Kern durchaus demokratischen Lande ist gezeigt worden, dass Demokratie und Kriegsbereitschaft einander nicht ausschliessen. Dieser Beweis ist nicht nur nach der technischen Seite hin geführt worden. Die einmütige Geschlossenheit des tschechischen Volkes in den kritischen Tagen, seine von Kriegsfanatismus entfernte, aber ruhig-entschlossene Haltung haben gelehrt, dass die Einheit in der Freiheit der künstlichen Einheit in der totalitären Diktatur turmhoch überlegen ist. Ueber die Entschlossenheit des tschechischen Volkes ist kein Zweifel mehr möglich: es wird seine Freiheit und die Existenz seines Staates bis zum Aeussersten verteidigen. Nicht, weil es ihm befohlen wird, sondern weil es weiss, was es zu verteidigen hat. Die Würde des tschechischen Volkes in diesen kritischen Tagen ist der Beweis seines guten Gewissens. Hinter seinem Verteidigungswillen steht eine sittliche Kraft.

Das Dritte Reich ist stärker an Kanonen, Tanks und Flugzeugen. Aber wie ist die Moral der Menschen, die sie bedienen sollen? Wie wird es um die innere Einheit des deutschen Volkes im Ernstfalle bestellt sein? Nach allen

Berichten, die wir aus Deutschland erhalten haben, hat es der moralischen Geschlossenheit des kleinen demokratischen Landes nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Hetze und Propaganda können niemals das gute Gewissen ersetzen, das durch die Tatsachen und das Recht gegeben wird.

Die Machthaber des Dritten Reiches haben seit dem Ueberfall auf Oesterreich manche Lehre über den inneren Zustand des deutschen Volkes erhalten. Als sie die Operation gegen Oesterreich begannen, ging eine Welle zitternder Furcht durch das Volk — erst der Erfolg verwandelte diese Furcht in einen Taumel, der mit moralischer Kraft nicht das mindeste zu tun hatte. Er verfloß schnell genug. Von Kriegswillen oder Kriegsbegeisterung ist im deutschen Volke keine Rede. Die Politik der Machthaber hat in allen Schichten der Bevölkerung grösste Besorgnis und beklemmende Furcht vor dem nahenden Kriege hervorgerufen. Sie haben seit fünf Jahren an der Erziehung des Volkes zum Kriege gearbeitet. Sie haben Tag und Nacht von Wehrwillen und Wehrbereitschaft gesprochen. Das Ergebnis ist eine Entpolitisierung. Das Volk ist müde und fürchtet sich. Ein Volk ist keine Maschine, noch ein Hund, den man dressieren kann. Die Müdigkeit des Volkes, sein Nervenanstoss bei der ersten gewaltsamen Operation ist eine Widerlegung des nationalsozialistischen

Glaubens, dass man ohne sittliche Grundlage ein Volk auf den Krieg dressieren könne wie einen Hund auf den Mann. Keine Dressur kann den freien Willen ersetzen, der sittlicher Uelzerlegung entspringt.

Keine Propaganda kann das gute Gewissen eines Volkes ersetzen. Und das deutsche Volk von heute hat kein gutes Gewissen! Es ist ihm vieles zugemutet worden, was es hingenommen hat, — unter Verhüllung seines besseren Gewissens. Es wird ihm vieles vorgeworfen, was es nicht mehr glaubt. Es soll als moralisch ansehen, was die ganze Welt als unmoralische Barbarei ablehnt. Jedes Volk fürchtet den Krieg. Aber die Furcht des deutschen Volkes, die geheime Sorge seiner Machthaber, ist anderer Natur als die Furcht der Völker mit gutem Gewissen. Sie ist der Ausdruck der Tatsache, dass es keine innere Einheit im Volke, keine Einheit zwischen Volk und System gibt, kein Bewusstsein eines gemeinsamen guten Rechts.

Die Techniker des mechanischen Zwangs und der allein-seligmachenden Propaganda müssen in den kritischen Tagen von Ende Mai mit Zorn und Neid auf die inneren Vorgänge im tschechischen Volke geblickt haben! Was hier auf demokratischer Grundlage sich vollzog, das werden die deutschen Machthaber am Tage der allgemeinen Mobilmachung nie-

mals erreichen. Sie können das Volk in den Rausch hineinreissen, den jeder Kriegsausbruch mit sich bringt, aber sie können ihm nicht die Festigkeit des guten Gewissens geben, noch jenen unerschütterlichen Willen, der sich bewährt, wenn die Dauer des Krieges und seine Krisen höchste Ansprüche an die moralische Kraft der Völker stellen. Denn dieser unerschütterliche Wille entsteht nur in freier Selbstverantwortung. Er ist das höchste militärische Potential, das ein Volk aufzuweisen hat.

Die Tschechoslovakei hat dem Dritten Reich eine Demonstration geliefert, die zu einer Revision gewisser Vorstellungen über die Ueberlegenheit der faschistischen Kriegsvorbereitungen führen sollte. Warum sich vor den Erpressungen des Dritten Reiches fürchten? Es kann seine Armee in einen Angriffskrieg werfen — aber hinter dieser Armee wird kein einheitliches Volk stehen. Die moralische Ueberlegenheit der Demokratie würde sich rasch in militärische Ueberlegenheit umsetzen.

Es ist nun an den demokratischen Grossmächten, allen listigen Erpressungsversuchen des Dritten Reiches eine unerschütterliche Ablehnung entgegenzusetzen — in jenem Geiste der Entschlossenheit, mit dem das tschechische Volk Ende Mai den Kriegsausbruch verhindert hat.

Kriegsparolen

Mussolini und der Antisemitismus

Es geht dem Duce nicht gut. Verschiedene Rechnungen stimmen nicht. Die Hoffnung auf Franco hat sich noch immer nicht erfüllt, die auf Zersprengung der englisch-französischen Freundschaft auch nicht. Oesterreich ist futsch, der Donauraum unter wachsendem deutschen Einfluss, in Italien mehren sich die Wirtschaftsnöte und in Südtirol die Hakenkreuze.

Der Duce gerät immer rettungsloser ins braune Schlepptau. Auch mit der Rassenfrage. Auslandsblätter haben den neutralen Rassismus als eine freundliche Geste für das Dritte Reich gedeutet, andere als Verstärkung der jüdenfeindlichen Propaganda in Arabien. Aber die Geste hätte man längst haben können, Mussolinis Wissen um den Streicherschen Mumpitz jedoch sträubte sich bisher dagegen. Und zur Aufhetzung der Araber genügt, wie Figura zeigt, die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegensätze im arabisch-palästinensischen Sektor vollständig.

Diese Erklärungen reichen also für den Umfall des Duce nicht aus. Und einen eklatanten peinlichen Umfall bedeuten die neuen zehn Gebote, das Bekenntnis zum „nordischen Ariertum“. Noch bis 1937 hat Mussolinis Presse den nordischen Grössenwahn der braunen Neugermanen immer wieder lächerlich gemacht. Der Duce selbst

prägte vor wenigen Jahren jenes Wort von den fellbekleideten Germanen, die noch im Urwald hausten, als Rom schon eine abendlässliche Kulturzentrale war. Rosenbergs Rassefeuilletonisten rächten sich, indem sie die Italiener der kurzbeinigen, leistungsschwachen Mittelmeerrasse und romanische Spitzenleistungen einem versprengten nordischen Menschentum zurechneten. Dieses Schwarz auf Weiss soll plötzlich alles nicht gewesen sein — nur der Araber wegen?

Andere Peinlichkeiten kommen hinzu. Der Papst hat sich jüngst in einer Rede scharf gegen den neuen Rassismus ausgesprochen und ihn als verabscheuenswert und kulturzerstörend gebrandmarkt. Vor einigen hundert italienischen Geistlichen der „katholischen Aktion“. Selbst in faschistischen Kreisen wirken die antisemitischen zehn Gebote zersetzend. Das „Amt für Bevölkerungspolitik und Rasse“ ist bereits geschaffen worden und „Tribuna“ schreibt, das Rasseproblem sei damit im faschistischen Italien in eine neue aktive Phase eingetreten. Deutsche Blätter zitieren das mit Behagen. Doch in den Fasciosmeutern bereits führende Kreise, die sich nicht zum Norden, sondern zur souveränen romanischen Kultur bekennen wollen, oder die sich samt ihren Frauen in puncto Blureinheit nicht sicher und an Cervan-

tes Spottgesänge denken: „Rassenrein, rassenrein, will heut jeder Esel sein . . .“

Nein, wenn Mussolini zu solch fataler ideologischer Kursänderung umfällt, so müssen dringendere, massivere Gründe vorliegen: Es handelt sich um die völlige ideologische Gleichschaltung für den Kriegsfall. Besser als die Demokratien haben die Achsenmächte begriffen, dass der kommende Krieg im Zeichen einer vehementen Propaganda per Radio und abgeworfenen Agitationsbomben stehen wird und dass dazu entsprechende Vorbereitung gehört. Das Hakenkreuz hat die grossen Schuldigen jetzt schon erfunden: Bolschewismus, Judentum und Judengenossen, was in der braunen Propaganda seit langem zu einem verschmolzenen wird. Das mit der „Weltgefahr des Bolschewismus“ hat man in Rom seit 1936 akzeptiert. Fehlte nur noch „Alljuda“. Dass soll jetzt nachgeholt werden. Es müsste im Kriegsfall für die Achsenländer widerspruchsvoll und schwächend wirken, wenn von deutscher Seite die Weltverschwörung der „Weisen von Zion“ haftbar gemacht wird, während der sozusagen auch arische Verbündete darüber nichts verlautbaren lässt und sich rings um Mussolini jüdische Vertraute mausig machen können.

Diesen Argumenten hat der kriegswillige Duce nicht mehr widerstehen können.

Herr Forster fährt nach London

England und die Danziger Verfassung

Sein Unfall ist für ihn und den Fascio peinlich, aber die Kriegspropaganda muss einem, der nicht mehr weiter kann, erheblich wichtiger erscheinen, als Erinnerungen an das Hohwort gegen nordischen Grössenwahn und fellbekleidete Barbaren. Man soll Diktatoren, die daheim keinerlei Kritik unterliegen, nicht beim Wort nehmen, denn sie können immer anders.

Geheime Unfälle

Ein aufklärender Runderlass

Mehrere deutsche Ministerien und Behörden haben einen gemeinsamen Runderlass herausgegeben, der den Justizbehörden in Nr. 28 der „Deutschen Justiz“ zur Beachtung bekanntgegeben wird:

„Runderlass des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS, und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 11. Mai 1938 — ZL 1 3 c 1230-38 und O.-Kdo R V/L (L. 3) 3 b Nr. 2-38 —

1. Dem Versorgungsamt I Berlin-Schöneberg als Ausführungsbehörde für Unfallversicherung sind wiederholt Schreiben in Unfallangelegenheiten unter der Bezeichnung „Geheim“ zugeleitet worden. Das in den Paragraphen 1545 ff. der Reichsversicherungsordnung für die Feststellung der Leistungen durch den Versicherungsträger vorgeschriebene Verfahren, das Spruchverfahren vor den Oberversicherungsämtern und das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt machen es der Ausführungsbehörde unmöglich, Unfallangelegenheiten als „Geheim“ zu behandeln.“

Wer ist so interessiert daran, Versorgungs- d. h. Rentenverfahren geheim abzuwickeln? Man weiss es nicht. Aber dass das Versorgungsamt die Anstalt zur Auszahlung von Kriegsrenten ist, ist bekannt. Und von einer der beteiligten Behörden, dem Reichsluftfahrtministerium und von dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe weiss man zum mindesten, dass in ihrem Amtsbereich in der letzten Zeit rentenpflichtige Unfälle in grösserer Zahl vorgekommen sind, die das Licht der Öffentlichkeit scheuten. Es hat sich um die Unfälle gebandelt, von denen gewisse nicht vorhandene deutsche Flieger in Spanien betroffen worden sind.

Demzufolge heisst es denn auch beruhigend in Ziffer 2 der Verordnung:

„Dem Versorgungsamt sind daher Schreiben in Unfallangelegenheiten des Luftschutzes grundsätzlich offen vorzulegen. Durch diese Anordnung werden die Dienststellen von der Pflicht, im Einzelfall nach den Vorschriften der Verschlussachenvorschrift zu verfahren, nicht entbunden.“

So wird man glücklicherweise nie erfahren, was die Verschlussachen gewesen sind.

Gesetzsscheu

Werner Best gegen Adolf Hitler

Assessor Werner Best, der damals in den Boxheimer Dokumenten die Nacht der langen Messer theoretisch vorbereitete, ist noch immer gegen alle Gesetze, selbst wenn sie vom Führer verkündet werden. Er ist inzwischen allerhand geworden: Doktor, SS-Oberführer, Ministerialdirigent und Vorsitzender des Ausschusses für Polizeirecht der Akademie für deutsches Recht. Gesetze sind ihm dennoch zuwider. In einem Artikel „Werdendes Polizeirecht“ (Deutsches Recht, 8. Jahrgang Heft 11-12) schreibt er:

„Die Rechtsprechung — insbesondere des preussischen Oberverwaltungsgerichts — sieht das hauptsächlichste Hemmnis für die Anwendung neuer polizeirechtlicher Grundsätze in der Bindung des Richters an das Gesetz. Man befürchtet, dass durch eine Verleugung des überholten Gesetzes die Rechtssicherheit gefährdet werde. Das preussische Oberverwaltungsgericht geht darin sogar so weit, zu erklären, dass das Gesetz angewendet werden müsse, auch wenn es noch so sehr den Erfordernissen der Gegenwart widerspreche.“

Damit niemand annehme, das preussische Oberverwaltungsgericht betätigte sich heimlich oppositionell, sei gesagt, dass es in dem von Best apostrophierten Urteil („Juristische Wochenschau“ 1938, S. 988) nur bescheiden gemeint hat, ein bestehendes Gesetz abzuändern, sei Sache des Gesetzgebers selbst. Der Führer möge das frühere Gesetz aufheben und das von Best gewünschte Gesetz verkünden, dann wolle das Oberverwaltungsgericht gern danach richten. Aber das langt Best nicht. Ihn ärgert ja nicht der Inhalt dieses oder jenes Gesetzes. Das Gesetz schlechthin ist ihm zuwider. Seine Vorherrschaft muss gebrochen werden:

Dem Beispiel Henleins folgend, ist in den letzten Tagen der Gauleiter der NSDAP in Danzig, der deutsche Reichstagsabgeordnete Albert Forster, der sich Gauleiter von Danzig (!) nennt — Danzig soll bekanntlich eine unabhängige Freie Stadt sein — nach London gereist. Forster will in London bei den massgebenden Faktoren Stimmung machen für eine formale Aenderung der Danziger Verfassung, die freilich schon heute praktisch aufgehoben ist und einem totalitären nationalsozialistischen Regierungssystem Platz gemacht hat. Es gibt in Danzig keine Parteien mehr, es gibt keine nationalsozialistische Presse, es gibt keine Schutzhaft, es gibt den brutalsten Antisemitismus — alles wie im Dritten Reich. Erst kürzlich berichteten wir, wie auch das Danziger Parlament, der Volkstag, mit den Methoden der Gewalt gleichgeschaltet wurde. Es gibt zwar noch immer einen Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig — der Völkerbund soll bekanntlich der Garant der demokratischen Danziger Verfassung sein — aber dieser Mann, der Schweizer Professor Burckhardt, den Hitler in einer seiner letzten Reden einen „Mann von Format“ genannt hat, deckt durch seine Gegenwart nur die Blöße zu, die sich der Völkerbund in der Danziger Frage gab. Trotzdem wollen die Herren von Danzig jetzt auch die formale Verfassungsänderung.

Das Ziel dieser Wünsche ist auf den ersten Blick nicht ohne weiteres klar. Zweifellos ist es für die Nazis in gewisser Weise von Vorteil, wenn sie ihre verfassungsbrecherische Praxis in Danzig auch noch „legalisieren“ können. Eine formale Verfassungsänderung würde zunächst nämlich nichts anderes bedeuten. Man würde die Juden-Gesetzgebung auch formal dekretieren, die Schutzhaft wirklich Konzentrationslager nennen, das Einpartei-System gesetzlich festlegen können. Aber das ist natürlich nicht allein der Grund der Wünsche der Nazis.

Man braucht zu einer formalen Aenderung der Verfassung die Zustimmung von zwei Drittel aller Abgeordneten des Danziger Volkstages. Das wäre kein Kunststück mehr, denn es gibt im Danziger Volkstag ausser den zwei Polen nur noch Nationalsozialisten, im ganzen 70. Man braucht zu einer Verfassungsänderung formal aber auch die Zustimmung des Rats des Völkerbundes. Der ständige Berichterstatter des Rats in Danziger Fragen ist der britische

„Alle Anordnungen, durch die von der Führung her das Zusammenwirken der Einzelnen im Ganzen und für das Ganze geregelt werden, sind Recht. Auf die Form, in der diese Anordnungen erlassen werden, kommt es nicht mehr an. Da das Gesetz ebenso wie eine Dienstweisung, ein Organisationserlass oder eine Einzelanordnung letzten Endes „Führerbefehl“ ist, kann ihm kein Vorzug mehr zuerkannt werden.“

Das heisst, dass das Gesetz des Führers, die Dienstweisung des Ministerialdirigenten, der Organisationserlass des Reichsstatthalters und die Einzelanordnung des Oberwachtmeisters der Staatspolizei, dass alle diese „Anordnungen“ auf einer Stufe stehen und sich gegenseitig bestätigen oder aufheben können, von oben nach unten aber auch von unten nach oben gelesen. Best wäre Anarchist, wenn ihm dazu nicht einige intellektuelle Voraussetzungen fehlten. Er meint das übrigens nicht nur theoretisch, sondern zeigt für jeden leicht verständlich, wie man seine Grundsätze in der Praxis anwenden soll:

„Der Eindruck eines Rechtszwiespaltes wird allerdings dann verursacht, wenn die Verwaltungsgerichte auf Grund alter und nach den hier vertretenen Grundsätzen bereits abgeänderter Bestimmungen (gemeint ist die Gewerbeordnung Red. d. „Neuen Vorwärts“) Entscheidungen fällen, die dann durch polizeiliche Massnahmen wieder unschädlich gemacht werden müssen. Wenn die Verwaltungsgerichte immer wieder Juden, ehemaligen Fremdenlegionären und dergleichen Wandererbescheine zusprechen, wird die Geheime Staatspolizei auf Grund des ihr erteilten Auftrages, Volk und Staat gegen die aus dem Hausieren solcher Personen erwachsenden Gefahren zu schützen, immer wieder die erteilten Scheine den Inhabern wegnehmen. Die aus dieser Divergenz etwa entspringende Ansehensminderung trifft dabei bestimmt nicht die Geheime Staatspolizei, deren Massnahme als letzte immer recht behält.“

Best aber, und das muss man dann auch wieder loben, geht in seiner Gesetzsscheu sogar so weit, dass ihn die Gesetze verärgern, die er selbst zu geben im Begriff ist. Er, der Vorsitzende des Ausschusses für Polizeirecht, fährt nämlich fort:

„Deshalb sehen auch die Mitarbeiter an der in der Entstehung begriffenen „Deutschen Polizeiordnung“ mit ge-

Aussenminister, er ist zugleich auch der Vorsitzende des für die Danziger Verfassungsfragen vom Rat seinerzeit eingesetzten Dreier-Komitees, bestehend aus den Aussenministern Grossbritanniens, Frankreichs und Schwedens. Wenn man also auch noch auf die formale Verfassungsänderung Wert legt, so muss man mit Herrn Halifax oder einem Stellvertreter verhandeln. Und das ist nun der Zweck der Reise, auf der Forster von dem Generaldirektor der Danziger Werft, einem mit internationalen Kapital finanzierten Grossbetrieb, Professor Noé — früher demokratischer Senator in Danzig — begleitet wird.

Die Reise des Herrn Forster hat eine Vorgeschichte. Vor etwa 18 Monaten hatte Herr Forster eine Reise nach Polen gemacht. Sie galt der Reorganisation der dortigen deutschen Nazibewegung — und ebenfalls der Förderung der Verfassungsänderungspläne der Danziger Nazis. Forster wurde damals auch von dem polnischen Aussenminister Beck empfangen. Sein Plan war — wie man von zuverlässiger Seite hört — die Durchführung der Aenderung der Danziger Verfassung auf eigene Faust, das heisst, ohne Zustimmung des Völkerbundes. Dieser Plan sollte am 20. Juni dieses Jahres durchgeführt werden, am fünften Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung in Danzig. Der Volkstag war auf diesen Tag bereits angesetzt. Aber Herr Forster hatte sich verrechnet. Die polnische Regierung dachte gar nicht daran, die Danziger Nazi-Pläne in dieser Hinsicht zu fördern. Man verwies Herrn Forster „zuständigkeitshalber“ an den Rat des Völkerbundes, ohne die Stellungnahme Polens zu dem Plan zu präzisieren. So unterblieb zwar die Volkstagsitzung am 20. Juni nicht, wohl aber die Verfassungsänderung und der geplante Hitler-Besuch, an dessen Stelle Dr. Goebbels am 28. Juni in Danzig über die neudeutsche „Kultur“ eine Propaganda-Rede hielt. — Es gab dabei noch einen Zwischenfall. Der polnische Generalkommissar in Danzig, Minister Chodacki, war zu der Goebbelsversammlung geladen. Als jedoch sein Auto erschien, wurden von den Absperrmannschaften, SS-Leuten, polenfeindliche Rufe laut, worauf Herr Chodacki es vorzog, nach Hause zu fahren und Herrn Forster, der sich bei ihm am nächsten Tage entschuldigen wollte, nicht zu empfangen. In der Danziger Presse las man darüber allerdings kein Wort.

Jedenfalls ist die Konsequenz der in die-

ser Hinsicht missglückten Polenreise die Reise Herrn Forsters nach London. Diese Reise wurde in Danzig streng geheim gehalten. Sie wurde jedoch noch früh bekannt, um die englische Öffentlichkeit auf den erlesenen Besuch vorzubereiten. Ist schwer anzunehmen, dass sich die massgebenden Kreise in England von dem Plan Herrn Forsters einfangen lassen werden.

Um aber noch einmal auf das Ziel der geplanten Verfassungsänderung zurückzukommen, so sind die Pläne der Nazis wohl von aussenpolitischen Gesichtspunkten zu verstehen. In Danziger Nazi-Partei-Kreisen wird gedankenvoll über die Möglichkeit eines Wandels der europäischen geopolitischen Lage gesprochen. Man denkt an den ersten wirklichen Fehlschlag Hitlers am 21. Mai in Bezug auf die Tschechoslowakei. Man denkt an die Haltung Polens in jenen Tagen und weiss, dass sie die neudeutschen Imperialisten zum mindesten nicht ermunternd war. Es könnten neue Rückschläge kommen . . . Niemand weiss, was schliesslich noch mit Danzig geschehen kann, das formal noch immer eine demokratische Verfassung hat, die die Garantie des Völkerbundes unterstellt, das selbst als Freie Stadt den Schutz des Völkerbundes geniessen soll, und schliesslich immer noch polnischer Herrschaft ist. Gewiss, das ist recht weit gedacht, man hat doch das Bestreben, die Gewaltherrschaft in Danzig auch dem Buchstaben nach ein für alle Mal zu sichern. Ausserdem sollen im April 1939 — nach der Verschrift der Verfassung Neuwahlen im Danziger Volkstag stattfinden, und da man die letzten Kontrollmöglichkeiten, die polnische Minderheit noch in Danzig haben könnte, möglichst inhibieren. Der Wunsch nach der Verfassungsänderung wird so also verständlich.

Die Danziger Bevölkerung ist von der Forster-Reise bisher nicht unterrichtet worden. Bekannt ist sie dennoch und heimlich diskutiert. Es ist selbstverständlich, dass die freiheitliebende Danziger Bevölkerung, die sich noch fast vier Jahre nach 1933 mutig und offen gegen die Nazi-Diktatur geschlagen und in den Wahlen 1935 ihre demokratische Gesinnung bewiesen hat, wenigstens erwartet, dass der Völkerbund nun nicht auch noch das Gewand des Regime in Danzig „legalisieren“ hilft, nachdem er schon alle Versuche aufgegeben hat, Danzig von seiner verfassungsbrecherischen Herrschaft zu befreien.

mischten Gefühlen der Vollendung des Entwurfs entgegen. Wenn es auch nicht so schwer sein sollte, eine Summe von Funktionen, in denen man selbst steht, zusammenschauend zu beschreiben, so verursachen die Gedanken an die Auswirkungen einer solchen Kodifikation einiges Unbehagen — insbesondere im Hinblick auf die bisherige Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte. Denn nichts widerspräche dem Geiste des nationalsozialistischen Polizeirechtes mehr, als wenn die neue Polizeiordnung mit einem Seufzer der Erlösung als die neue gesetzliche Grundlage einer im alten Geiste fortgesetzten Rechtsprechung entgegengenommen würde. Es wäre deshalb erwünscht, wenn bis zum Erlass der Deutschen Polizeiordnung sowohl die Theorie wie auch die Rechtsprechung sich soweit im Sinne des neuen Rechtsdenkens weiter entwickelt hätten, dass der Erlass eines grundlegenden Gesetzes die künftige Rechtsentwicklung nicht mehr beeinträchtigen kann.“

Man sieht, nur keine grundlegenden Gesetze einhalten. Aber solange Best der Geheime Staatspolizei befiehlt, besteht keine Gefahr, dass in Deutschland ein Gesetz befolgt werden könnte, und wäre es ein Gesetz mit der Unterschrift Adolf Hitlers.

Wenn zwei das gleiche tun

Die deutschen Zeitungen bereiten ihren Lesern, so unwahrscheinlich das klingen mag, noch immer Überraschungen. Neuerdings berichten sie, in der Tschechoslowakei seien Staatsbeamte — angeblich sogar sudetendeutsche Staatsbeamte — von ihren vorgesetzten Behörden aufgefordert worden, zugunsten der Staatsverteidigung eine Spende zu leisten. Die Goebbels-Presse findet in dieser Aktion einen Grund zur Entrüstung. Welchen Grund? Ist ihr der Gedanke daran, dass die Tschechoslowakei überhaupt verteidigt werden soll, widerwärtig? Das auch. Aber es geht noch um etwas Anderes.

„Obwohl der Gouverneur der tschechoslowakischen Nationalbank, Dr. Englisch, dem Parlamentarischen Klub der Sudetendeutschen Partei die Versicherung gegeben hat, dass im Rahmen der Sammelaktion zugunsten der Staatsverteidigung auf niemand ein Druck ausgeübt werde,

laufen immer wieder Nachrichten über ein, dass . . .“ usw.

(„Kölnische Zeitung“ Nr. 352) Ueberschrieben ist die Notiz: „Freiwillige Spenden“.

Tatbestand: die deutschen Zeitungen gegen Entrüstung zu spielen, weil eine freiwillige Spende, gleich welcher Art, irgendeinem Lande der Welt, gleich in welchem, angeblich nicht ganz „freiwillig“ ist. Dies ist einer der Fälle, in denen man nichts mehr auszurichten vermögen. Man darf sich daran erinnern, dass es in Deutschland seit fünf Jahren keine freiwillige Spende mehr gibt? Wozu? Jeder Mensch weiss es. Soll man erzählen, in welcher Weise die Winterhilfsgelder, die Sammelbeiträge der NS-Volkswohlfahrt, für die SA, für „Dankopfer der Nation“, für unzählige andere Sondersteuer-Fonds erpresst werden?

Und deshalb faltet die Leser im In- und Ausland die deutschen Zeitungen achselzuckend zusammen: „Es hat gar keinen Zweck, zu widersprechen. Es hat gar keinen Zweck, gegen diesen Schmutzstrom zu schwimmen. Er hat die Welt schon verschlammmt, er wird sie weiter bis zur Unkenntlichkeit verschlammten. Damit haben die Nationalsozialisten ihren Zweck erreicht. Sie haben es darauf angelegt, was in der Welt geschieht, derart frech den Kopf zu stellen, dass keiner, der die richtigen möchte, mit ihrer Verdrehungskunst Schritt halten kann.“

Aber die Sieger in diesem seltenen Turnier begehnen einen gefährlichen Irrtum. Zufrieden, die Waffe des Gegenschartig gebaut zu haben, übersehen sie, dass auch ihr eigenes Schwert nicht unbeschadet ist. Die Wahrheit wird im Augenblick nicht gehört. Doch die erlogene Entrüstung, die erlogene Freude, die dreifache Verdrehungen werden deshalb noch nicht geläubt. Vielmehr haben die deutschen Zeitungen auch im eigenen Lande derart an Ansehen verloren, dass sie wahre Nachrichten erst dann für voll genommen werden, wenn ein ausländischer Sender sie bestätigt hat.

Es ist die Frage, ob Siegesmeldungen einem kommenden Krieg dieselben Leistungen ausüben werden wie 1914. Diese sind die Vorräte der Stimmungsindektion erschöpft, noch ehe die eigentliche Schlacht begonnen hat.

Friede
Nr. 263
willkür
einen a
der m
kaiserl
Jahrze
im
jene
nation
Satz h
„Deut
Wille a
für imm
siegrei
Der
sinnfäll
braune
soll, e
schen
sem Ze
oben e
— son
setzung
einem
Artikel
doyer
den Ke
Stampf
„Belast
formul
Volk b
Mässig
und s
Wend
„Sich
Frieden
den Fre
für ihn
hinmel
der V
siegrei
sind.“
Es g
ligen
Frank
die da
Kern d
damal
gespro
schen
auf sie
Ist e
gen,
der
Deutsc
sichtba
langen
niger
einen
Eindru
darübe
tikel a
noch s
krieg.
denste
als zeit
Warnu
Deutsc
nahme
Sozial
trennu
ger sie
bin ich
der du
durch
fremde
mus r
— es
nicht v
ber ab
Gibt
wohl,
eine w
klärung
kratie

Geflüchtete Geopolitik Enthüllungen über General Haushofer

Ernst Guhl, der Assistent des „Geopolitikers“ und Generals Prof. Karl Haushofer ist in Stockholm eingetroffen. Er befindet sich diesmal aber nicht auf einer geopolitischen Studienreise nach dem Norden, sondern — auf der Flucht.

Seine Stellung war in Deutschland unhaltbar geworden, da er sich geweigert hatte, ein gewisses Ziffernmateriale, das er für Haushofers Zeitschrift zusammenstellte, mit Rücksicht auf nazistische Propagandaintressen zu verfälschen. Guhl steht dem braunen Regime ablehnend gegenüber und hatte von der ihm gebotenen Möglichkeit, in die Nazi-Partei einzutreten nicht Gebrauch gemacht. Er hatte jedoch geglaubt, dass in Deutschland immer noch so etwas wie wissenschaftliche Arbeit möglich sei, wenn man nur geschickt einem offenen Konflikt mit den Machthabern aus dem Wege geht. Er hat nun einsehen müssen, dass dies ein Irrtum war und am eigenen Leib erfahren, dass der blosse Wille zu wissenschaftlicher Objektivität den Konflikt mit dem Nationalsozialismus unweigerlich herbeiführt.

Im Stockholmer „Sozial-Demokraten“ veröffentlichte Guhl soeben aufsehenerregende Enthüllungen über General Haushofer, dessen geopolitische Theorien längst nichts anderes mehr sind, als eine pseudowissenschaftliche Verkleidung germanischer Eroberungspläne. Haushofer sei der Ansicht, dass das deutsche „Volk ohne Raum“ ein Anrecht auf den „Raum ohne Volk“ nicht nur im Osten, sondern auch im Norden habe. Von einem deutschen Vorstoss nach Skandinavien sei in Haushofers Kreis ständig die Rede. Man wolle die Alandsinseln als militärischen Stützpunkt gewinnen und so eine Ausgangsposition haben, die gleichzeitig gegen Finnland und Schweden gerichtet sei. Ueber diesen Punkt herrsche zwischen Hitlerregime und Haushofer-„Wissenschaft“ volle Uebereinstimmung. Zu finnischen faschistischen Kreisen habe man die allerengsten Beziehungen. So habe der erzreaktionäre Chef des Geographischen Instituts der Universität Helsinki, Prof. Auer, persönlich zu Guhl gesagt: „Wenn es nach mir ginge, könnte Aland ohne weiteres an Deutschland abgetreten werden.“

Guhls Enthüllungen, die im Norden grosses Aufsehen erregen, bestätigen Punkt für Punkt die eingehende Analyse der nazideutschen Aggressionspläne gegen den Norden, die wir vor kurzem im „Neuen Vorwärts“ (Nr. 258) unter dem Titel „Kampf um Kiruna“ veröffentlichten.

Guhl, der sich von den allgemein-theoretischen Grundansetzungen der Geopolitik keineswegs entfernt hat, will nun ausserhalb Deutschlands für eine geopolitische Forschungsarbeit eintreten, die sich nicht zum Werkzeug des Nazismus erniedrigt, sondern unabhängiger, objektiver Erkenntnis dienen soll.

Kinder mord

Für die mittleren Volksschulklassen des Dritten Reiches ist nunmehr ein „Ratgeber für den Leseunterricht“ erschienen, verfasst von zwei braunen Lehrern. Jedes Lesebuch ist politisch vergiftet, mit braunen Kommentaren versehen. Das deutsche Märchen wird antisemitisch gedeutet, die Hälfte der Beiträge verherrlichen den Führer als Uebermenschen, glorifizieren, den Krieg, die Weltoberung, Marxismus, Freimaurerium und Alljudas sind die Erbfeinde Deutschlands und der gesitteten Menschheit. Holland, die deutschsprachige Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein, flämisches Volkstum usw. werden als abgesplitterte Teile Grossdeutschlands behandelt. Auch der „Ostraum“ gehört Deutschland. Ein Beitrag eines zwölfjährigen Kindes empfiehlt den „Stürmer“.

Ein Erbfeind bleibt auch Frankreich. Ein französischer General wird zum sadistischen Typus gemacht, dem deutschen Volk ein Greuel. Das französische Volk wird zur minderwertigen Rasse gestempelt und es heisst in einem der Kommentare wörtlich: „Französisches Blut kann sich mit deutschem redlich nie vermischen...“

Zur gleichen Zeit veranstaltet die Nazi-Partei deutsch-französische Jugendtreffen und propagiert deutsch-französische Frontkämpfertage. In der Presse erschienen immer wieder Artikel, die den Franzosen eine Freundschaft vorführen sollen, und Rollen werden gross besprochen, in denen sie happy end deutsch-französische Mischlinge Kinder aber werden insgeheim systematisch gegen Frankreich geladen. Das alles auf Lüge gestellt hat: die jungen Seemanns ausser friedenswillig und dem eigenen Volke allzu friedlich zu erscheinen. „Populär sind die Kriege, die vom Volke erwungen werden“, sagt beäunlich Hit-

Panik an der Börse

Von den Wirkungen der Göringwirtschaft

In diesen Wochen war die Berliner Börse von einem andauernden Sturz der Kurse heimgesucht, der fast einer Panik gleichkam. Von der Baisse, die bis zu 5 Prozent und darüber ging, sind besonders die Werte der rheinisch-westfälischen Industrie betroffen. Da die Staatsführung es hier wie überall sonst leicht hat, regulierend einzugreifen, ist der Vorfall recht auffallend. Die Kurve der Wertpapierkurse in der übrigen Welt ist zur Zeit aufwärts gerichtet. Es gehört aber zum A und O der nationalsozialistischen Wirtschaftsweisheit, dass nur die totalitär regierten Länder, im Gegensatz zu den demokratischen krisenfest seien. Umsomehr bedarf das Phänomen dieses Kurssturzes einer offiziellen Erklärung, die seine wahren Ursachen verschleierte. Die Verlegenheit, die es dem Regime bereitet, eine plausible Erklärung zu finden, zeigt sich darin, dass auch diesmal wieder, nach Görings Leiborgan, der Essener „National-Zeitung“, jüdische Machenschaften schuld sein sollen. Das mag geglaubt werden, wenn es sich darum handelt, das völlige Fehlen von Zwiebeln zu erklären, denn dass Juden in Aegypten Zwiebeln hamstern, um sie dem Dritten Reich zu verteuern, hat wenigstens das eine für sich, dass es in Aegypten sowohl Zwiebeln wie Juden gibt. Weniger glaubhaft ist es aber, dass die Juden an den deutschen Börsen, aus denen sie das Dritte Reich verjagt hat, eine Panik verursacht, ganz abgesehen davon, dass die Juden in Deutschland selbst viel zu sehr in einer Panik leben, als dass sie den Mut aufbringen könnten, eine hervorzuheben. Dass der Jud auch diesmal schuld sein soll, dürfte auf so wenig Glauben stossen, dass die Demontis von Görings Organ, diese oder jene wirklich oder angeblich umlaufenden Gerüchte seien unwahr, eher wie eine Bestätigung dieser Gerüchte wirken müssen. Zumal da aus den Berichten zweier halbamtlicher Institute, der Reichskredit-Gesellschaft und des Instituts für Konjunkturforschung, aus den letzten Wochen hervorgeht, dass die Vorgänge an der Börse nur ein Symptom der Bedrängnisse sind, in denen die Wirtschaft des Dritten Reiches sich zur Zeit befindet.

Das Leitmotiv der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist, keine Arbeitslosigkeit, aber auch keine offene Inflation aufkommen zu lassen. Die Staatsschulden wachsen zwar nach wie vor, aber ausschliesslich in der Form staatlicher Anleihen und Schuldverschreibungen. Die frühere Finanzierung der Kriegsvorbereitung mit Arbeitsbeschaffungswechsels ist aufgegeben. Es ist aber unter anderem der Zweck des Vierjahresplanes, dieser Ueberinflation dadurch zu entgegen, dass das Schwergewicht der Konjunkturankurbelung von den direkten Staatsaufträgen auf die privaten Vierjahresplaninvestitionen verlagert wird, die nicht vom Staat bezahlt

werden, sondern, von der privaten Industrie selbst. Es können also auf diese Weise mehr Menschen beschäftigt werden, ohne dass der Umlauf staatlicher Schuldtitel, ins Ungemessene anzusteigen braucht. Aber diese Investitionen sind zum grossen Teil Fehlanlagen, ein Scheinreichtum, der sich in Dunst auflöst, wenn Deutschland den Anschluss an die Weltwirtschaft wiedergefunden hat. Das Risiko der Abspergung Deutschlands von der Welt, die sogar die Heeresleitung bereits als Fehlspekulation anzusehen scheint, wird, das ist eine der Zwecke des Vierjahresplanes, auf die Privatwirtschaft abgewälzt. Die faulen Arbeitsbeschaffungswechsels schwinden aus den Portefeuilles, dafür häufen sich die zum Teil wertlosen, weil unter normalen Verhältnissen unrentablen Neuanlagen. Deshalb spricht der letzte Bericht der Reichskredit-Gesellschaft davon, dass bei wachsenden Produktionskosten die Grenze für die Erweiterung der Produktion nahe sei und dass die Umstellung in der öffentlichen Finanzierung zusammenfalle mit der Verteuerung der Produktionskosten infolge der Vollausschüttung der Kapazität. Das Institut für Konjunkturforschung rühmt zwar der deutschen wie der italienischen Volkswirtschaft nach, dass sie zu den krisenfesten zählen, macht aber zugleich die Einschränkung, Deutschland sei an der Entwicklung der Weltkonjunktur keineswegs uninteressiert, da sich das Tempo der wirtschaftlichen Expansion auch auf den Binnenmarkt nach der erreichten Vollbeschäftigung zwangsläufig verflachen müsse. Mit der Vollbeschäftigung der Industrie wächst auch der Mangel an Industriearbeitern. Man versucht, ihn durch Umlagerung der Arbeitskräfte zu mildern, aus den weniger dringend erscheinenden Arbeitsstellen in die kriegswichtigeren. Das führt zur Verwendung minderqualifizierter Arbeitskräfte und infolgedessen zur Senkung der Arbeitsleistung. So hat beispielsweise nach diesen Veröffentlichungen der Einsatz neuer Arbeitskräfte im Bergbau zu einem Rückgang der Durchschnittsleistung von Mann und Schicht von 1733 Kilo im Februar 1936 auf 1573 Kilo im Februar 1938 geführt. Dabei ist allerdings zuzugeben, dass die Ursache dieses Rückganges nicht allein die Verwendung neuer Arbeitskräfte ist, sondern auch die Wiederinbetriebsetzung alter Flöze, die bis dahin wegen Unrentabilität längst stillgelegt waren.

Darnach möchte schon plausibel erscheinen, was die Essener „National-Zeitung“ als falsche Gerüchte bezeichnet, dass nämlich die grossen deutschen Industrieunternehmen in eine Periode ständig wachsenden Geldbedürfnisses (nach einer Periode ständig wachsendem Geldüberflusses) eingetreten und gezwungen seien, sich Geld durch Verkauf von Aktien zu beschaffen, und dass sie ausserdem dringend

Mittel brauchten, um ihre Steuern zu bezahlen. Es hat also sehr den Anschein, dass Hitlers Kriegsvorbereitungen auf beträchtliche Schwierigkeiten stossen, die es ihm nahelegen mögen, von den Vorbereitungen zur Sache selbst überzugehen.

G. A. F.

Einkreisung

Seit dem Anschluss ist die Tschechoslowakei fast völlig vom deutschen Gebiet eingekreist. Hitlerdeutschland hat es in der Hand, dem tschechoslowakischen Aussenhandel den Zugang nach dem Europa aufs äusserste zu erschweren. Das Reich stellt seine Tarifpolitik in den Dienst seiner Aussenpolitik, die darauf gerichtet ist, die Tschechoslowakei zu schwächen und den südosteuropäischen Markt für sich zu monopolisieren. Die Abwehr dieser Angriffe auf den tschechoslowakischen Aussenhandel wird der tschechoslowakischen Staatsbahn schwere Belastungen auferlegen.

Am Verkehr der österreichischen Bundesbahn mit dem Ausland hatte die Tschechoslowakei den grössten Anteil. Auf sie entfielen 1935 21,1 % des Güterverkehrs mit dem Ausland und die Durchfuhr, 11 Prozent allein auf die Durchfuhr Tschechoslowakei-Adria. In diesen Tagen hat die Verkehrskommission der Tschechoslowakei eine Vergleichstabelle ausgearbeitet, um festzustellen, um wieviel sich durch die Einführung der reichsdeutschen Eisenbahntarife in Oesterreich für die reichsdeutschen Exporteure die Fracht nach Südosteuropa, besonders nach Italien, Jugoslavien und Ungarn ermässigt. Es hat sich ergeben, dass die Frachtverbilligung sehr beträchtlich ist und dem reichsdeutschen Exporteur gegenüber seinem tschechoslowakischen Konkurrenten einen bedeutenden Kostenvorsprung verschafft. Die Verkehrskommission erachtet es deshalb als unbedingt erforderlich, dass auch die tschechoslowakischen Eisenbahnen ihre Tarife im Verkehr nach Südosteuropa revidieren und für den Güterverkehr dorthin die niedrigsten Frachtsätze einführen. Die Verkehrskommission fordert, dass so schnell wie möglich die Verbandstarife mit Südosteuropa in diesem Sinne umgearbeitet werden.

Oesterreich war bisher hauptsächlich von der Tschechoslowakei und von Polen her mit Kohle versorgt worden. Nach dem Anschluss wird ihre Kohleneinfuhr nach Oesterreich auf das Reich übergeben. Aber die beiden leidtragenden Länder werden von Hitlerdeutschland ungleich behandelt. Die Freundschaft mit Polen soll erhalten bleiben, die Tschechoslowakei unter Druck gehalten werden. Wie der „Allgemeine Tarifanzeiger“ feststellt, wird der Anschluss Oesterreichs dem polnischen Export keine wesentlichen Nachteile bringen. Vom 1. Januar 1939 ab wird die Versorgung der ehemaligen österreichischen Bundesbahnen mit polnischer Regiekohle vollständig eingestellt, aber Polen soll dafür durch Kohlenlieferungen nach dem inneren Deutschland und nach Ostpreussen entschädigt werden. Das ist im deutsch-polnischen Handelsvertrag vereinbart worden, der also gewissermassen auf Kosten der Tschechoslowakei abgeschlossen worden ist. Der „Allgemeine Tarifanzeiger“ schätzt den Verlust an Frachteinahmen, den die tschechoslowakische Staatsbahn infolge des Ausfalls der Kohlenlieferungen nach Oesterreich erleiden muss, auf rund 50 Millionen tschechische Kronen jährlich.

Sittenswidrig

In einem westdeutschen Grossbetrieb hatten zwei Facharbeiter nach zweitägiger Tätigkeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ihre Arbeit eingestellt. Zur Begründung ihres Schrittes erklärten sie, dass sie den ihnen gegebenen Versprechungen zuwider den garantierten Akkordlohn nie erreichen könnten. Die Firma rechnete ohne Rücksicht auf die pfändungsfreie Grenze ihren Schaden auf den Lohnanspruch der beiden Arbeiter an. Das Reichsgericht erklärte dieses Verhalten für berechtigt: „Der festgestellte Sachverhalt enthält die Merkmale der Sittenswidrigkeit. Ein Gefolgschaftsmitglied, welches die Arbeit aus Missvergnügen, unbekümmert um die daraus für den Betrieb entstehenden Schäden, niederlegt, handelt nicht nur vertragsuntreu, sondern verstösst zugleich gegen das Anstandsgefühl.“ Die beiden Arbeiter wurden kostenpflichtig abgewiesen.

Caligula ernannte sein Leibross zum römischen Konsul.

Hitler ernannte seinen Leibphotographen Hoffmann zum Professor der Malerei.

Zu Caligulas Zeit waren nämlich Photographie und Kunstakademien noch nicht erfunden.



ERNTE MONAT?

231 Sozialdemokraten ins Zuchthaus

Massenprozess gegen Sozialdemokraten in Hannover

Man schreibt uns aus Hannover:

Im Sommer 1936 verhaftete in Hannover die Gestapo, unterstützt durch Sonderkommandos der Berliner Gestapo und auswärtiger SS, weit über 1000 frühere sozialdemokratische Partei-, Gewerkschafts-, Reichsbanner- und Arbeitersportfunktionäre und -mitglieder. Die innerlich unzerstörbare sozialdemokratische Hochburg Hannover hatte sich seit langer Zeit die blinde Wut der Hitler-tyrannie zugezogen. In unserem hochwichtigen Industrie- und Rüstungsbezirk, der sich zu jeder Zeit durch seine hochentwickelte und selbstbewusste sozialdemokratische Arbeiterschaft auszeichnete, hatte auch nach 1933 der Nationalsozialismus bei der geistig, moralisch und beruflich qualifizierten Arbeiterschaft auf den Granit der Treue und fundierter Überzeugung gebissen.

Die Nazis beunruhigte sehr, dass die Arbeiter in Hannover und darüber hinaus zu allen inner- und aussenpolitischen Vorgängen eine eigene Meinung und Haltung hatten, die sich auch in weiteren Bevölkerungsschichten bemerkbar machten. Der hohe Prozentsatz gegnerischer Stimmen bei den verschiedenen „Wahlen“, den leitenden Nazis in voller Realität ja stets bekannt, verursachte grosse Sorge in den massgebenden Nazikreisen.

So setzte dann die grosse Verhaftungswelle ein. Nach den von der Gestapo zusammengestellten Listen der früheren Funktionäre der sozialdemokratischen Bewegung wurde Hannover und weitere Umgebung aufgerollt. Männer, Frauen und Jugendliche wurden in die Vernehmungslokale der Gestapo und der SS geschleppt. Es verging monatelang fast kein Tag, an dem nicht mitten in der Nacht aus den Betten heraus oder tagsüber aus den Betrieben Arbeiter verhaftet wurden. Nach tagelangen, oft wochenlangen Verhören, die von brutalsten Misshandlungen begleitet waren, wurden rund 800 Verhaftete wieder entlassen. Viele blieben unter strenger Polizeiaufsicht. Ganze Familien, Vater, Mutter und halberwachsene Kinder, blieben monatelang in Untersuchungshaft.

Nach fast zweijähriger Untersuchungshaft, in der man die Eingekerkerten müde machen wollte — mehreren Genossen erklärten Gestapo und Untersuchungsrichter immer wieder, dass sie mit der Todesstrafe zu rechnen hätten, wenn sie nicht restlos die illegale sozialdemokratische Parteiorganisation verrieten — kam es vor einigen Monaten zu dem „Prozess gegen Spengemann und 230 Genossen“. Der Prozess wurde in drei Abschnitten durchgeführt.

Sieben Genossen wurden vor dem Volksgerichtshof in Berlin und 224 Genossen in zwei Verhandlungen von je zehn Tagen Dauer vom Sondergericht Hamm in Hannover abgeurteilt. 60 Genossinnen und Genossen wurden wegen organisatorischer Arbeit und 171 wegen Kenntnis dieser Arbeit verurteilt.

Erst bestand die Absicht, die grössere zweite Gruppe nicht zu verurteilen, später erklärten Polizei und Gericht, es sei nötig, „im roten Hannover ein Exempel zu statuieren.“ Von der grösseren Gruppe sind viele Verurteilte dann schlechter weggekommen, weil sie nicht so lange in Untersuchungshaft waren und diese von der Strafe nicht abgezogen wurde.

Nachstehend eine vorläufige Liste der zu Zuchthaus Verurteilten:

Hugo Bestel: 2 Jahre, 3 Monate.
Aug. Bleibohm: 2 Jahre, 8 Monate.
Willi Bluhm: 5 Jahre, 6 Monate.
Aug. Blume: 2 Jahre, 8 Monate.
Gustav Blume: 1 Jahr, 8 Monate.
Albert Breitzke: 3 Jahre.
Guste Breitzke: 2 Jahre.
Rud. Dux: 2 Jahre, 9 Monate.

Heinr. Frohme: 4 Jahre.
Frau Fassbauer: 2 Jahre, 6 Monate.
Ludw. Friedrichs: 3 Jahre.
Heinr. Froehlich: 1 Jahr, 6 Monate.
Ernst Fremke: 2 Jahre, 6 Monate.
Aug. Hahn: 2 Jahre, 8 Monate.
Willi Hahn: 4 Jahre, 9 Monate.
Schneiderm. Heise: 2 Jahre, 6 Monate.
Willi Hamann: 1 Jahr, 9 Monate.
Karl Hilke: 4 Jahre, 6 Monate.
Gen. Horn sen.: 3 Jahre.
Frau Ilten: 1 Jahr, 8 Monate.
Anni Kannengiesser: 2 Jahre.
Rob. Kellner: 2 Jahre, 6 Monate.
Georg Koenig: 2 Jahre.
Guenther Koenig: 2 Jahre.
Henry Krumpfuss: 2 Jahre.
Erich Kunze: 3 Jahre, 6 Monate.
Alb. Lechten: 4 Jahre, 6 Monate.
Ernst Lohmeier: 5 Jahre, 2 Monate.
Jos. Milewczek: 3 Jahre, 6 Monate.
Frau Milewczek: 1 Jahr, 6 Monate.
Franz Nause: 10 Jahre.
Ernst Pleitner: 3 Jahre.
Paul Riehwiens: 2 Jahre, 3 Monate.
Ernst Schinke: 2 Jahre, 6 Monate.
Hilde Schoeneberg: 9 Monate.
Genosse Schroeder: 4 Jahre, 6 Monate.
Werner Schluze: 3 Jahre.
Ferd. Schneider: 2 Jahre, 6 Monate.
Hilde Schledes: 4 Jahre, 6 Monate.
Herm. Sedat: 2 Jahre, 6 Monate.
Fritz Simon: 2 Jahre.
Luise Spengemann: 3 Jahre, 6 Monate.
Chr. Spengemann: 2 Jahre, 6 Monate.
Walter Spengemann: 10 Jahre.
Heinr. Wellern: 3 Jahre, 6 Monate.
Heinz Wille: 4 Jahre.
Rud. Wittrock: 2 Jahre, 8 Monate.
Frau Ther. Wittrock: 1 Jahr, 9 Mon.
Genosse Wolf: 4 Jahre, 9 Monate.
Bruno Zikron: 4 Jahre, 9 Monate.

In jedem Fall haben die Verurteilten während der Untersuchungshaft und in der Verhandlung eine unerschütterliche Haltung bewahrt. Selbst das Terrorge-

richt stellte fest, dass die Angeklagten durchweg keine Rowdies mit übler Vergangenheit seien, sondern solide und besonnene Menschen.

Bei der Verhandlung hatte jeder ein vorgedrucktes Formular zu unterschreiben: „Ich bin in Schutzhaft genommen, weil ich mich für die Sozialistische Front betätigt habe“. Das Formular behielt der Verhaftete und er musste es bei seiner Entlassung bzw. Ueberführung in die Untersuchungshaft abliefern.

Bei der Aktion gegen die Sozialdemokratie in Hannover haben sich besonders die nachstehenden Schergen des Regimes hervorgetan:

Als Leiter der Untersuchung die Berliner Kommissare *Klinge* und *Ottmann*. Der Kommissar *Ottmann* versuchte selbst Emigranten für den Prozess aus Holland zu verschleppen. Bei der Beobachtung in Hannover betätigten sich vor allem der hauptamtliche Polizeispitzel *Heinemeyer*, ein verkommenes Subjekt; der wegen Betrug und Unterschlagung wiederholt vorbestrafte Versicherungssagent *Schmidt*; die früheren SAJ-Mitglieder *Rietzl* und *Brandmeier* und der in Amsterdam verurteilte Spitzel *Klomm*. *Heinemeyer* und *Schmidt* erhielten von der Gestapo Autos für ihre Tätigkeit. Von der hannoverschen Gestapo registrieren wir den Kriminalrat *Lindow* und die Beamten *Papst*, *Sintzel* und *Binder*. Die hannoversche Polizei ist von den Berliner Beamten wiederholt abgekanzelt und lächerlich gemacht. Nichtsdestoweniger wurde Kriminalrat *Lindow*, der seit 1933 der hannoverschen Gestapo angehört, jetzt von Himmler in das geheime Staatspolizeiamt berufen. In Haft befinden sich heute zwölf Beamte der Schutzpolizei und Kriminalpolizei, denen man Kenntnis und Duldung der sozialdemokratischen illegalen Tätigkeit vorwirft.

Es ist ganz deutlich, dass mit dieser Massnahme die Polizeibeamten unter Druck gesetzt werden sollen, um in ihrem widerlichen Bütteldienst das Barbarenregime schlapp zu werden.

Im Hauptgebäude der Gestapo in der Schlägerstrasse taten neben dem Schwarm der Beamten und der hauptamtlichen Spitzel regelmässig sechs SS-Leute Dienst, die Angestellte der Gestapo sind. Nur zum Teil sind sie in Hannover. Sie werden alle drei Monate ausgewechselt, damit sie nicht in der Stadt zu bekannt werden. Es handelt sich bei ihnen um Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD), dieser bezugslos Truppe der SS, die unter anderem keinen Militärdienst abzuleisten muss, da sie auch im Kriege als Polizeitruppe in Deutschland selbst verwandt werden soll. Während früher dieser SD, vorwiegend Parteipolizei war und Wert darauf gelegt wurde, dass er mit der Gestapo nichts zu tun hatte, wird er nun von der Gestapo öffentlich eingesetzt. In der Folge der von Himmler durchgeführten Konzentration aller Polizeikräfte — Polizeispitzel, die gegen den Lohn arbeiten, gibt es in jedem Polizeirevier mehrere. Sie haben einen politischen Ausweis und einen Waffenschein und sollen mit den Revierbeamten zusammenarbeiten. Da die Revierbeamten jedoch oft für diese Leute und ihre Arbeit keine grosse Sympathie haben, arbeiten die Spitzel meist auf eigene Faust.

Nicht nur die Sozialdemokraten ganz Mitteldeutschland, auch die katholische Bevölkerung, sogar Nationalsozialisten sind voller Bewunderung über unsere Genossen, die sich nicht beugen lassen. Hinter der kraftprotzenden Fassade des Dritten Reiches steht ungeachtet der Deutschen Sozialdemokraten den Kerkern hinein rufen wir unsere tapferen Genossen zu: *Treue um Treue*.

Aus der Kriegsmarine

Wir erfahren aus Wilhelmshaven: Die „Scharnhorst“, das Schwesterschiff der eben in Dienst gestellten „Gneisenau“, erhält 6 Doppelflak-Kaliber 7,5 und einige kleine Flaks von 2,2 cm. — In Wilhelmshaven liegt ein Flugzeugmutter Schiff auf der Helling. — Die „Deutschland“, die im vergangenen Jahr bei Ibitza bombardiert wurde, soll 1940 ausser Dienst gestellt werden.

Immer wieder beobachtet man die Rohstoffschwierigkeiten beim Ersatz. Zweifellos ist die elektrische Voroxydierung der Aluminiumteile gegen die natürliche Zersetzung bei der Berührung mit dem Seewasser von sehr guter Wirksamkeit. Das kann jedoch nicht verhindern, dass jene Teile, die erst nach der Voroxydierung bearbeitet werden müssen, an den Bearbeitungsstellen der Zersetzung besonders ausgesetzt sind. So erwiesen sich neuerdings auf einem Neubau die Gehäuse für Elektromotoren vollkommen zersetzt. Es ist bisher nicht möglich, eine Voroxydierung an der fertigen Arbeit vorzunehmen: Zum Schutz gegen diese natürliche Zersetzung muss vor allem die Farbe dienen. Man hat zum Teil dafür noch alte, bewährte Qualitäten, auch gute Patentlacke, die zwar Ersatz sind, aber in der Brauchbarkeit früheren Mitteln nicht nachstehen. Für die Rüstungszwecke werden alle guten Qualitäten ergallert. Darum muss die Privatindustrie mit Schindl arbeiten.

Zu den Neuerungen auf den Neubauten gehören die Fernsprechanlagen. Sie sind vergleichbar einem kleinstädtischen Telefonamt mit Selbstanschlüssen. Beispielsweise existiert für die Waffenverkehrsanlage ein Wählerschrank mit Wählerscheiben für 350 Apparate. Daneben sind getrennte Apparate und Anlagen für den Kommandoverkehr, für die Seeleute, die Artillerie, die Torpedo-Bedienung, die Waffenrechenstelle, die Schallanlage und jedes Geschütz.

Zu den Neuerungen gehören auch die sechs *Havarieschallstellen* auf der Gneisenau. Im Falle der Ausserdienstsetzung einer Geschützanlage durch Treffer kann eine Umschaltung der Feuertätigkeit in Schallkästen entweder durch Hand- oder automatischen Betrieb von einer Zentralschaltstelle erfolgen. —

Die Stimmung der Mannschaften.

Bei den Mannschaften der Marine ist die Stimmung sehr verschieden. Auf den grossen Kästen trifft man die meiste Gleichgültigkeit. Sei es, dass die Leute wiederum mit einem geringen Einsatz der Marine wie im letzten Kriege rechnen, sei es, dass man auch hier mit der Ueberlegenheit der deutschen Waffen rechnet. Es verdient in diesem Zusammenhang wirklich der Erwähnung, dass die Hinweise auf die unübertreffliche Waffentechnik des Dritten Reiches der deutschen Propaganda in die Hände gearbeitet hat. Selbst Soldaten und Rüstungsarbeiter haben uns gegenüber mit dem Stolz, mit dem man von einer besonderen Leistung spricht, von den besonderen Raffinessen der deutschen Waffen erzählt. Oft genug haben wir diese Mitteilungen mit dem Hinweis auf Fehlkonstruktionen und Misserfolgen dämpfen können, die gerade auch wieder aus denselben Quellen kamen.

Eine Ausnahme in der Stimmung gegenüber dem Kriege bilden die kleinen Schiffseinheiten, besonders die *Bemannungen der Unterseeboote*. Es handelt sich hier um ausgesuchte Leute. Hier kann ohne Uebertreibung von einer *Kriegsbegeisterung* gesprochen werden. Man hat sich Boote im vergangenen Jahr um dieselbe Zeit wochenlang im Mittelmeer kreuzt, Abenteurer erzogen und zusammengesucht und auf diese Schiffseinheiten gesetzt. Nicht ohne Interesse ist, dass einige der als die Welt sich gefragt hat, welcher Nationalität denn die Piraten-U-Boote ange-

hören. Einer unserer Gewährsmänner hat verschiedene Instruktionsstunden auf Booten mitgemacht und erzählt, dass er hier seit der Oesterreich-Eroberung offen vom Einbruch in die Tschechoslowakei redet — und dann als nächstes Holland bezeichnet. Holland sei ja ein deutsches Land und deutsches Volk. Einwand eines der Soldaten, ob man seinen Einmarsch dem Ausland plausibel machen könne, da doch die Holländer reichlich langer Zeit selbständig und Zweifel aufkommen könnten an menschenfreundlichen Haltung des Deutschen Reiches, das jetzt die „holländischen Brüder“ befreien wolle, wehrte die instruierende Offizier mit folgendem Bemerkung ab: „Die Holländer haben schöne und wertvolle Kolonien, dass bei ihrem Deutschtum schon ein Augenblick drücken kann...“

Eine Vergeltung

Auf einer Grube im sächsischen Steinkohlenrevier erschien der nationalsozialistische Betriebsobmann N. zwei Wochen nicht zur Arbeit. Der Zechenverwalter wurde angegeben, er sei zu Hause bei einer Hausreparatur von der Leiter gefallen und habe sich dabei eine schwere Verletzung zugezogen. Die Wahrheit aber sieht anders aus. N. ist ein ausgesprochenes Lump. In den Tagen des „Umbruchs“ er sich aktiv an Misshandlungen gefolterter Sozialisten und Kommunisten beteiligt. So etwas wird bekanntlich nie vergessen und wenn Jahre darüber hingehen. Eines Abends war N. bei einem Tanzvergnügen braun und blau geschlagen, in seiner Wohnung von Passanten eingeliefert, die den Kerl halbverreckt am Strassenrand gefunden hatten.

Nochmals Kriegsziel 1938

Friedrich Stampfers Artikel in Nr. 263 des „Neuen Vorwärts“ ruft unwillkürlich die Erinnerung zurück an einen anderen des gleichen Verfassers, der mitten im Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland vor zwei Jahrzehnten — am 20. Oktober 1918 — im „Vorwärts“ erschien. Es ist jener bekannte Artikel, aus dem die nationalsozialistische Propaganda den Satz herauszupicken liebt:

„Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“

Der Satz enthielt nicht, wie seine sinnfälschende Isolierung durch die braune Propaganda glauben machen soll, den Wunsch nach einer deutschen Niederlage — die stand zu diesem Zeitpunkt unabhängig von Wünschen oder Nichtwünschen bereits fest —, sondern er formulierte die Voraussetzung auf deutscher Seite, um zu einem *Dauerfrieden* zu gelangen. Der Artikel war ein meisterhaftes Plädoyer für einen Frieden, „der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt.“ Stampfer wies darauf hin, dass die „Belastungsprobe“, die der von ihm formulierte Verzicht für ein besiegt Volk bedeute, in ihrem Erfolg von der *Mässigung der Sieger* abhängen würde und schloss mit der prophetischen Wendung:

„Sicherheit gibt auch dem Sieger nur ein Frieden, der alle entwaffnet und aus Feinden Freunde macht. Aber eine Gefahr auch für ihn ist ein Frieden, in den ein Volk heimkehrt, um in der blutigen Geschichte der Vergangenheit zu lesen, dass die Besiegten von heute die Sieger von morgen sind.“

Es gibt wohl heute keinen vernünftigen Menschen in England oder Frankreich, der nicht zugesteht, dass die damaligen Worte Stampfers den Kern der Sache trafen. Aber damals — damals waren sie völlig in den Wind gesprochen. Ausser den nationalistischen Zitatenfälschern hat niemand auf sie geachtet.

Ist es so mit einer Warnung ergangen, die immerhin im Zentralorgan der damals wichtigsten Partei Deutschlands erschien, der Partei, die sichtbar in kurzem zur Macht zu gelangen bestimmt war, — wie viel weniger wird eine ähnliche Warnung in einem Organ der Emigration von 1938 Eindruck machen! Es soll hier nicht darüber gestritten werden, ob der Artikel als Ganzes verfrüht ist — denn noch sind wir ja nicht im neuen Weltkrieg, geschweige beim neuen Friedensschluss. Man kann ihn gleichwohl als zeitgemäss ansehen, weil er mit der Warnung vor einer Aufteilung Deutschlands implicite eine Stellungnahme zu der Frage enthält, wie die Sozialdemokratie zu einer Wiederabtrennung Oesterreichs durch die Sieger sich stellen würde. Aber bei allem bin ich davon überzeugt, dass wir weder durch treffende Argumente noch durch Beschwörungen Eindruck bei fremden Mächten, die vom Kapitalismus regiert werden, machen können; — es sei denn durch Handlungen, die nicht von ihnen, sondern von *uns selber* abhängen.

Gibt es solche Handlungen? — Ja, wohl, es gibt sie. Eine davon wäre eine würdige und sehr bestimmte Erklärung der Deutschen Sozialdemokratie — ihr Eindruck hage mit davon

ab, dass sie möglichst von einer wieder geeinten Sozialdemokratie abgegeben wird, er würde sich durch Zustimmung der übrigen Linken verstärken, — eine Erklärung also, die besagt: Im Falle eines neuen Krieges werde die deutsche Sozialdemokratie (bzw. die deutsche Linke), alles tun, um durch den Sturz des Hitlerregiments so rasch als möglich einen Dauerfrieden der Verständigung herbeizuführen, der das deutsche Volk unter Verzicht auf jeden Imperialismus in die Reihe der friedfertigen Nationen, möglichst im Rahmen eines reorganisierten, sehr *verstärkten Völkerbundes* zurückbringt. Würde aber ein solches Streben von der Gegenseite ähnlich wie im Jahre 1918 zurückgewiesen und würde ein besiegtes Deutschland von neuem einem Diktat unterworfen werden wie dem von Versailles, dessen Ungerechtigkeit heute von seinen derzeitigen Befürwortern offen zugegeben wird, — dann würde jedenfalls die Deutsche Sozialdemokratie (bzw. die deutsche Linke) nicht noch einmal das Experiment von 1918 wiederholen: *sie würde nicht ein zweites Mal aus ihren Reihen eine Erfüllungsregierung stellen.*

Man wende nicht ein, eine derartige Erklärung schliege unserer eigenen Haltung von 1918/19 ins Gesicht. Es war schwierig, das Experiment abzulehnen, bevor es angestellt war. Es sollte selbstverständlich sein, seine Wiederholung abzulehnen, nachdem der missglückte Ausgang vorliegt. — Erzberger fuhr als Optimist nach Compiègne, um den Waffenstillstand abzuschliessen. Als die siegreichen Militaristen der Gegenseite in ihm nur das geschlagene kaiserliche Deutschland, nicht die werdende Demokratie erkennen wollten, war sein späteres Los im Grunde besiegelt. Ähnliches gilt von der Prozedur in Versailles. (Man sollte den Lord Londonderry und Genossen, die jetzt plötzlich in ihrer Hitlersympathie und in ihrem Ruhebedürfnis das damals Deutschland angetane Unrecht entdecken, Victor Schiffs „So war es in Versailles“ zu lesen geben!) — Die Gegenseite wird solche Fehler nicht wiederholen? — Nun, dann wird sie wohl auch nicht das viel schwerer wiegende *sachliche* Unrecht wiederholen, und

in diesem Falle wäre ohnehin alles in Ordnung.

Hier wird von der Besorgnis ausgegangen — und das ist ja auch die Voraussetzung des Stampferschen Artikels —, dass die Sieger nach einem Sturze Hitlers in die alten Fehler verfallen, ja, dass sie durch das Phänomen Hitler versucht werden könnten, sie sogar in *verschärfter Masse* zu wiederholen. Nur davon wird geredet. In solchem Falle sollen sie im voraus darauf hingewiesen sein, dass die Situation von 1918 sich trotzdem *nicht* wiederholen wird. Die neue Situation wird sich darin unterscheiden, dass keine ernsthafte Gruppe der Linken, vor allem keine ernsthafte Gruppe der deutschen *Arbeiterbewegung* sich bereit finden wird, in eine Regierung einzutreten, deren wesentliche Aufgabe in der *Durchführung eines Versailler Diktates Nr. 2* zu bestehen hätte.

Erst recht aber und ganz bestimmt nicht würde die deutsche Arbeiterbewegung „Mandschuko“-Regierungen für irgend welche durch Zerlegung Deutschlands gebildete *Teilreiche* stellen. Das wäre der allerschwerste und verhängnisvollste Fehler, der von unserer Seite gemacht werden könnte. Gibt es nach dem Sturze Hitlers irgendwelche Sieger, die solche Pläne hegen, — wir werden sie wahrscheinlich zunächst nicht daran hindern können, aber wir werden sie ihnen durch nichts erleichtern. Dass wir deshalb noch lange keine deutsche Chauvinisten sind, das wird unsere Haltung *während eines Krieges* auf das allerschwerste zu beweisen haben. Dass kein 4. August 1914 wiederkehren wird, dafür hat Hitler selber ausgiebigst Sorge getragen. Sobald er den Krieg herbeigeführt hat, wird seine Propaganda allerdings in allen Tonarten hinausgeschrien: nicht um seine und seines Systems Existenz ginge es, sondern allein um das deutsche Volk. Ich vertraue, dass er damit auf *keinen* Sozialdemokraten, der es geblieben ist, Eindruck machen wird. Dem deutschen Volk wird auch während eines Krieges nur zu sagen sein: Wenn es den Krieg loswerden will, so muss es sich vor allem Hitlers entledigen.

Aber dass wir dies wirklich um des *deutschen Volkes* willen, nicht im Interesse irgendwelcher Kriegsgegner sagen werden, das wird nach dem

Sturze Hitlers, das wird beim *Friedensschluss* zu erweisen sein. Die deutsche Sozialdemokratie dient *keinerlei* Imperialismus, weder deutschem noch fremdem, sondern der Völkerverständigung, der Demokratie und dem Frieden. Mit jedem Kriegsgegner Deutschlands, der das gleiche anstrebt, werden wir mit grösster Bereitwilligkeit, auch unter Opfern und Verzicht, die *diesem* Ziel dienen, Einigung erstreben. Opfer und Verzicht aber, die dem Gegenteil der Verständigung, die nur der Neuanstachelung eines deutschen Chauvinismus dienen, werden von der deutschen Sozialdemokratie nicht unterzeichnet werden. In solcher Haltung darf uns dann am allerwenigsten das Geschrei solcher Leute auf gegnerischer Seite berühren, die bei Wiederkehr eines Hitler II. alsbald wieder anerkennen würden: damals habe man allerdings dem deutschen Volke Unrecht getan... Wir danken für die Leute, die immer erst die *unmittelbare Gefahr* des nächsten Krieges ihre Fehler bei Liquidierung des vorangegangenen erkennen lässt.

Das ist es, was wir heute schon erklären können: Wer und in welchem Land auch immer den Gedanken an ein Versailles Nr. 2 oder gar an ein Ueber-Versailles mit deutscher Zerstückelung in sich trägt, der soll sich bereits jetzt darüber klar sein, dass es *dafür keine Unterschriften* aus den Reihen der deutschen Arbeiterlinken geben wird. Ein Sieger mit solchen Absichten wird die Durchführung seines Diktates selber übernehmen müssen, vielleicht mit Hilfe von irgendwelchen Strohmännern à la Mandschuko, zwischen denen und sich selber die deutsche Arbeiterbewegung das Tisch Tuch glatt zerschneiden wird.

Und noch deutlicher wollen wir ein zweites betonen: den Minderwert einer in den Schoss gefallenen Demokratie gegenüber einer selbst erkämpften haben wir nach 1918 so gründlich kennen gelernt, dass uns nur wenig ein zweites Mal danach gelüftet. Nicht der Sturz Hitlers als Folge eines von ihm provozierten *Krieges*, sondern die Revolution gegen Hitler als Folge eines ihm aufgezwungenen *Friedenhaltens* — das ist unser sehnlichster Wunsch!

Julius Civilis.

Gedenktage eines Vergessenen

Eugen Richters 100. Geburtstag

Wenige Menschen werden am 30. Juli daran denken, dass dieser Tag der hundertste Geburtstag *Eugen Richters* ist. Mir ist der vor zweiunddreissig Jahren Verstorbene noch eine lebendige Erinnerung. Als ich im Jahre 1898 zum ersten Mal die Journalistentribüne des Deutschen Reichstags betrat, stand unten an seinem Platz ein gedrungen-stämmiger Mann und sprach. Auf kurzem Hals sass ein härtiger Kopf von interessanter Hässlichkeit, die Stimme war hoch und scharf. Das war Eugen Richter, der Führer der bürgerlichen Opposition einst gegen Bismarck, jetzt gegen Wilhelm II. persönliches Regiment. Es war totenstill im Saal; der etwas taube konservative Präsident von *Buol* stand vor seinem hohen Stuhl mit der Adlerlehne nach vorne gebeugt, angespannt lauschend; denn wenn auch der Redner selbst ein

Meister des parlamentarischen Wortes war, der nicht so leicht zu einem Eingreifen Anlass bot, so konnte doch vielleicht ein Sozialdemokrat einen Zwischenruf machen, mit dem er der Person des Kaisers zu nahe trat, und dann geriet die Glocke wie von selbst in Bewegung, und auf den Frevler zuckte der Ordnungsruf nieder wie ein Blitz.

Auf der Regierungsbank sass der kleine, vom Alter schief gewordene Reichskanzler *Chlodwig Hohenlohe*, neben ihm der preussische Kriegsminister von *Gossler* in Generalsuniform und hinter diesem stand der Schwarm der gleichfalls uniformierten militärischen Halbgötter. Eugen Richter sprach zum Militärelat. Es war ein grosser Tag.

Vier Jahre danach war es schon bewegter. Die Sozialdemokraten führten ihren Obstruktionskampf gegen den

neuen Schutzzolltarif. Sie wurden dabei von der Freisinnigen Vereinigung unterstützt, nicht aber von der Freisinnigen Volkspartei, deren Führer Eugen Richter war. Die Gegensätze auf der Linken verschärferten sich von Tag zu Tag, bis schliesslich inmitten des Sturms August Bebel aufstand und dem Nachbar zur Rechten das Wort „Verräter!“ entgegenschleuderte. Von da ab sprach Richter nicht mehr von seinem Platze aus, wie es in der alten Zeit zumeist üblich war, sondern von der Rednertribüne und nur noch sehr selten. Am 10. März 1906 starb er.

Eugen Richter kam aus dem Westen. In Düsseldorf geboren, Abgeordneter von Hagen jahrzehntelang, war er ein Vertreter des industriellen westlichen Bürgertums, so wie es war, noch ehe die Riesenhammer der Schwerindustrie es

umgeschmiedet hatten. 1864 hatten die fortschrittlichen Bürger von Neuwied den 26jährigen Regierungsassessor zu ihrem Bürgermeister gewählt. Berlin versagte ihm die Bestätigung — die Folge war, dass er drei Jahre darauf als parlamentarischer Benjamin im Norddeutschen Reichstag sass. Hier kämpfte er gegen den Junker von Bismarck, gegen die östliche Reaktion und den agrarischen Schutzzoll, für den westlichen Fortschritt, für das konstitutionelle System, für den Freihandel und die persönliche Freiheit.

Nach Königsgrätz, erst recht nach Sedan wurden viele schwach. Eugen Richter ging nicht unter die Erfolgebeter, sondern blieb, was er war. Es kam „der junge Kaiser“ und mit ihm ein Frühlingsahnen über die Fortschrittspartei. Bei der Militärvorlage 1893 spaltete sie sich: die einen nahmen an, die anderen lehnten ab.

Bruno Schoenlank fand das witzige Schlagwort von den Wasserstiefeln und den Wadenstrümpfern. Die Wadenstrümpfer, das waren die, die in Escarpins zu Hofe gehen wollten. — Eugen Richter aber schritt den anderen unentwegt in Wasserstiefeln voraus. In den Wasserstiefeln ist er auch gestorben: denn als der Bülowblock kam und Bernhard Dernburg Staatssekretär für die Kolonien wurde, war er nicht mehr da.

Bebel hatte in seinem Zorn unrecht: Eugen Richter war kein Verräter. Er blieb immer derselbe, und wenn er 1902 die Obstruktion ablehnte, so war es deshalb, weil sie seinen Begriffen von Parlamentarismus widersprach. Als Abtrünniger aber mochte er deshalb erscheinen, weil er stets der Vorkämpfer gegen den Schutzzoll gewesen war. Wir jungen Sozialdemokraten von damals, Abgeordnete und Journalisten, haben auf diesem Gebiet alle von ihm gelernt: aus seinen Reden, seinem Politischen ABC-Buch, aus seiner gediegen-langweiligen, stets zuverlässigen „Freisinnigen Zeitung“, die niemals unzerschnitten einen sozialdemokratischen Redaktionstisch verliess, aber doch nicht immer zitiert wurde. Oft klagte ihr fleissiger Herausgeber über das „Austrennen der Wäschezeichen“. Aber es half nicht.

In der Schutzzollfrage empfanden wir ihn als den Unseren, ja als unseren Lehrmeister — so erklärte sich unsere Empörung, als er im kritischen Augenblick unsere Taktik ablehnte.

Erst später mag sich der eine oder der andere von uns die Frage vorgelegt haben, wie es möglich war, dass wir uns auf einem so wichtigen Gebiet der Wirtschaftspolitik der Führung eines Mannes anvertrauten, der doch in allen grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft unser Antipode war: er, der eingefleischte Liberale, und wir, die Sozial-

listen. Hatten wir nicht bei der grossen *Zukunftsstaatsdebatte* zwischen Richter und Bebel volle Schalen des Spotts über den kurzsichtigen Kritiker ausgegossen, der durchaus wissen wollte, wer im Zukunftsstaat die Stiefel putzen würde? Sonderbarer Fall: über den Zukunftsstaat debattierten wir mit den Liberalen in jenem Gefühl tumhoher Ueberlegenheit, das uns unsere marxistische Belesenheit verlieh — im Gegenwartsstaat aber trieben wir die Wirtschaftspolitik der „Freisinnigen“ und der „Frankfurter Zeitung“.

Manche meinten, dass wir eben als Marxisten — siehe Marx' Brüsseler Rede — für den Freihandel sein müssten, weil dieser die kapitalistische Wirtschaft zur Vollreife bringe und somit das „revolutionäre Prinzip“ darstelle. Andererseits aber prophezeiten wir gerade als Folge des Schutzzolles, hierin wieder den Liberalen folgend, eine ungeheure Verelendung und Verschärfung der Gegensätze — also wirkte wohl der Freihandel nach der umgekehrten Richtung?

Aufrichtig gestanden, wir waren uns darüber nicht ganz klar. Heute mögen wir in diesen Dingen etwas klarer sehen, dafür kommen uns Bedenken anderer Art. War denn das Gefühl der tumhohen Ueberlegenheit, das wir bei der Zukunftsstaatsdebatte empfanden, wirklich so ganz berechtigt? Durften wir, die wir für absehbare Zeit den grossen Umschwung aller Dinge in Aussicht stellten, die Frage, wie unser Staat beschaffen sein würde, als wissenschaftlich unzulässig ablehnen? Und — dies auszu-

sprechen ist noch viel schmerzlicher — hatten wir recht, wenn wir die Warnung vor dem drohenden „Zuchthausstaat“ als eine kleinbürgerliche Angstmeierei mit Hohngelächter zurückwiesen?

Gewiss, für uns war und ist der Sozialismus — wie für Jaurès — Konsequenz und höchste Vollendung des Individualismus, aber kommt es in der Politik nicht mehr auf den Ausgang an als auf die Absicht und hat nicht vielleicht der Hass des Liberalen schärfer gesehen als unsere Liebe? Ist nicht in Deutschland das grauenvolle Phantasiegebilde des Zuchthausstaates Wirklichkeit geworden, noch grauenvoller, als die Phantasie es sich jemals vorstellte, und geschah das nicht im Namen eines deutschen Sozialismus? Und wenn man uns sagt, dass dieser „deutsche“ Sozialismus keiner ist — worüber wir uns ja alle einig sind — wer hat nicht schon im Laufe dieser Ueberlegung an ein anderes Land gedacht, das sich das „Vaterland des Sozialismus“ nennt, und das alle, die vom Sozialismus die Verwirklichung der menschlichen Freiheit erwarten, so namenlos bitter enttäuscht hat?

Eugen Richter hatte keinen Blick für die sozialen Fragen seiner Zeit. Sein Ideal war der fleissige, sparsame Arbeiter, der sich zum Kleinkapitalisten entwickelt, er hat es in seinen vielbelächelten „Sparagues“ symbolisiert. Aber er hatte ein starkes Gefühl für den Wert der persönlichen Freiheit, die er in der kapitalistischen Gesellschaft immer noch viel besser geschützt fand als in irgendeiner anderen geschichtlich be-

kannten Ordnung. Sie eine bessere vorzustellen, reichte seine Phantasie nicht aus, und seine Nüchternheit widersezte sich allen Experimenten.

Ich glaube, wir tun gut, zu bekennen: den Beweis dafür, dass Eugen Richter Unrecht gehabt hat, den einzigen, der gilt, den Beweis durch die *Tat*, sind wir bisher noch schuldig geblieben. Er kann nur geführt werden durch die Schaffung einer neuen Ordnung, die zwischen der unvermeidlichen Bindung der Wirklichkeit und der unentbehrlichen Freiheit der Persönlichkeit eine neue höhere Einheit schafft.

Die sozialistische Arbeiterbewegung ist nicht nur ein ewiges Kämpfen, sondern auch ein unaufhörliches Lernen. Wenn wir aussprechen, dass Eugen Richter ein Gegner war, der uns zu denken gibt, so ist damit zugleich auch gesagt, dass wir ihm etwas zu danken haben. Er war ein Kritiker Bismarcks, des Kaiserreichs und auch des Sozialismus, aber seine Kritik war fruchtbar, wir haben aus ihr gelernt und haben noch aus ihr zu lernen.

Die Tragödie seines Lebens war, dass er eine aussterbende Gesellschaftsschicht vertrat, das freiheitlich gesinnte deutsche Bürgertum. Die Gestapo braucht an seinem hundertsten Geburtstag keinen Posten an sein Grab zu stellen, es wird niemand kommen, einen Kranz darauf zu legen. Von seinen Anhängern lebt keiner mehr. Wir aber, seine Gegner, haben Anlass, seiner ehrend zu gedenken, weil wir im Kampfe mit ihm gewachsen sind. In diesem Geiste der Ritterlichkeit wollen wir sein Andenken in eine neue Zeit hinübertragen, für die auch er gelebt, weil auch er wie er es konnte und verstand, für die Freiheit des deutschen Volkes gekämpft hat. F. St.

Der Gott der Dynamik

*Der Gott, den sie nach ihrem Bilde schufen,
ist ruhelos und ist dem Mord geneigt.
Wo sich ein Fünkchen Selbstbesinnung zeigt,
zertrampelt er es unter seinen Hufen
zu Staub. Er rastet nicht, bis auf sein Rufen
blutheisser Hass aus Sumpf und Tümpeln steigt.*

*Die Stille suchen, heisst den Gott verhöhnern,
den nur der laute Trommler ganz erfasst.
Der Lärm ist heilig, heilig ist die Hast.
Wo es gelingt, den Geist zu übertönen,
zu schreien, zu stampfen, dass die Hirne dröhnen,
da ist sein Tempel. Da ist Gott zu Gast.*

*Den Gott in aller Welt zur Macht zu führen,
das ist das Ziel des Kampfes, der da dräut.
Es ist ein Dienst, der ihren Gott erfreut,
den Geist im letzten Winkel aufzuspielen
und ihm die Kehle gründlich zuzuschneiden,
damit er sich nicht aus sich selbst erneut.*

*Sie läuten ihrem Gotte die Kanonen.
Zerfleischt, zerfetzt sich ein verbissener Hauf,
dampft aus vergossnem Blute Weltrauch auf,
wagt Mensch nicht Mensch und Freund nicht Freund zu schonen,
dann dröhnt ihr Amen durch des Kampfes Zonen
zum Ebenbilde ihrer selbst hinauf.*

K.

oder Zeitschriftenmanuskripte, die Auszüge aus „Mein Kampf“ oder den Reden des Führers enthalten, vor Drucklegung der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums zur Genehmigung vorzulegen. Das gilt auch für Bezugnahmen auf den Führer oder auf Aussprüche vom Führer im Text oder in Fussnoten. Bei wissenschaftlichen Werken, insbesondere auch Dissertationen genügt die Vorlage der Zitate, es sei denn, dass darüber hinaus eine besondere Vorlage ausdrücklich angeordnet wird.

Bei der Einreichung der Schriftstücke ist eine genaue Quellenangabe beizufügen. Aus der Angabe muss — so weit es sich um Reden handelt — Ort und Zeit der Rede, sowie die zugrunde gelegte Veröffentlichung dieser Rede zu ersehen sein. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Verlage verpflichtet sind, sich genauestens an die Anordnungen zu halten. Schriften, die unter Ausserachtlassung der Anordnung herausgebracht werden, werden unter Umständen eingezogen. Auch die bereits erschienenen in Frage kommenden Schriften sind von selten der Verlage anmeldepflichtig.

Was ist Grund und Anlass dieses seltsamen Verbots, das im Reiche Adolf Hitlers gegen Hitlerzitate erlassen wird? In letzter Zeit haben die literarischen Meckerer und Kritiker — auch im Nazilager selbst — immer raffiniertere Methoden ersonnen. Den Führer anzugreifen oder auch nur im mindesten anzuzweifeln ist lebensgefährlich. Aber ihn zu zitieren — ?

Und so zitierte man. Man zitierte Führerreden und Führerworte. Heute ein Hit-

terwort von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ (wohin ist sie entschunden?), morgen ein Hitlerwort gegen deutsche Kolonialwünsche (es war einmal) . . . Man zitierte alte Führerreden, Reden voll von Liebeswerben im England (das nun wieder das „perfidie Albion“ ist), Reden von der Zeit der Ueberraschungen, die vorbei sei (bis dann der Marsch auf Wien kam). Man zitierte Stellen aus „Mein Kampf“, deren Hirnverbranntheit auch dem Dümsten nicht entgehen konnte, und Stellen, deren falsches Deutsch auch dem Barbaren eine Gänsehaut über den Rücken jagen muss. . .

Jetzt also soll Schluss damit sein. Man darf die Worte des Grossen nicht mehr unnützlich im Munde und in der Feder führen. Zwangsbewirtschaftung der Hitlerzitate! Die Idee stammt von Bouhler und der Führer hat ihr dankbar Anerkennung gezollt.

Eines Tages aber wird das deutsche Volk allen Verboten zum Trotz den Führer zitieren. Nämlich vor das Revolutionstribunal.

Verdunkelungsübungen

Zur Neuausrichtung der deutschen Wissenschaft gehört eine Sammlung Reden, die anlässlich der 200-Jahrfeier der Göttinger Universität losgelassen wurden. Titel: „Wissenschaft und Glauben“. Man erfährt aus dem „Berliner Lokalanzeiger“, dass auch in diesen gleichgeschalteten Reden die Freiheit der Forschung gefeiert wird, allerdings „in einem neuen Sinne“. Man hört da, Wissenschaft dürfe kein geistig-seelischer Leerlauf, freies Denken müsse an Blut und nationalen Raum gebunden sein. Welche Allerweltsphrasen der

Schmoeck produzieren kann, wenn es den Maulkorb zu retouchieren gilt! Wie folgt das Folgende:

„Niemand ist an objektiver Forschung, wenn sie sinnvoll ist, gehindert. Im Gegenteil! Seine Ergebnisse werden begrusst. Unsere Wissenschaft ist nicht im Zerfall, sondern im neuen Aufstieg begriffen.“

Freilich, wir sind noch auf dem Wege. Wir haben noch manche Aufgaben zu bewältigen. Und die unbedingt geforderte Harmonie zwischen Wissen und Glauben, zwischen Erkenntnis und Wertung, zwischen wissenschaftlicher Tatbestandsaufnahme und ihrer Fruchtbarmachung durch Sinnendutung ist für uns kein „fertiges“, sondern ein lebendiges Problem.

Hat schon jemand fertige Probleme gekannt? Das gelöste Problem hört bekanntlich auf, eins zu sein. Aus all diesem Geschleime spricht tödliche Verlegenheit, denn wo der Staat bestimmt, was „sinnvolle Forschung“ ist und wo die Harmonie zwischen Blutglauben und Wissen gefördert wird, da ist die Forschung erledigt. Darum wagt auch keiner dieser pseudo-wissenschaftlichen Festredner in dem Buche klarer zu reden, als Lokalanzeiger Schmoeck. Niemand hat den Mut, zu gestehen: Was Wissenschaft ist, bestimmen des Staates Kreaturen. Welch ein lächerliches Gestottere, wenn sie irgendwo öffentlich über die „neue Ausrichtung“ zu reden haben. Jüngst hielt die *Paläontologische Gesellschaft* ihre Jahrestagung ab. Weshalb Bayreuth als Tagungsort gewählt wurde, das drückte Professor Weigelt (Halle) laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ also aus:

„Hier sollen die Satzungen der Gesellschaft geändert, diese selbst weltanschau-

Verboten Führerworte

Hitlerzitate unter Vorzensur

So unsinnig es klingen mag, so logisch und selbstverständlich ist es im Grunde — die Diktatur wird früher oder später gezwungen, die Waffe der Geistesknechtung und Meinungsknebelung gegen sich selbst zu richten. Die der Despotie innewohnende lebendig-zwangsläufige Dialektik lässt keinen andern Weg. Tausend Gesetze kann die Diktatur brechen, verfälschen, beseitigen — nur nicht das eine: das Gesetz, wonach sie angetreten. Ihm ist sie untertän, von ihm wird sie gerichtet.

So unsinnig es klingen mag: zu den im Dritten Reich verbotenen Büchern gehören nunmehr auch die Schriften und Reden des Adolf Hitler. Zwar: man darf sie im Buchladen kaufen, man darf sie lesen und soll es sogar. Aber man darf den Führer nicht mehr zitieren, man darf sich nicht mehr auf ihn berufen und beziehen. Niemand soll es mehr dürfen: kein Journalist, kein Dichter, kein Gelehrter, — es sei denn, er habe vorher in einem langwierigen und umständlichen Verfahren unternommen die Genehmigung mit Erfolg nachgesucht. So bestimmt es eine im Juni erlassene Verfügung des Reichsleiters Bouhler, des Chefs der Hitlerkanzlei (eines Mannes, der sich und seinen Namen meist diskret im Hintergrund hält, dort aber machtgerig an so manchen Fäden fängt . . .)

Die neue Verfügung ist in die unauffälligere Form blosser Ausführungsbestimmungen zu einer früheren (nichtssagenden) gekleidet. Sie lautet:

„Die Verleger sind verpflichtet, Buch-

Ein M...
liebe d...
ihn, un...
wesen. A...
sche Br...
baum, I...
Kind von...
sicher P...
sen späte...
über Nam...
einmal w...
Sun b...
frau. Die...
tot. Der...
ernannt...
Vaters...
stritter...
gen ver...
heute bei...
danken I...
Standesb...
Standesb...
das Eheg...
zunehmen...
In dies...
ges wene...
an den...
„lattes“...
„Nach...
Reichsb...
1935, §...
zwei...
Russel...
Mischli...
nung d...
schen F...
graph...
hörige...
schliess...
schen...
Reichsb...
Stellver...
ihnen h...
Genehm...
chen P...
waltung...
rungspr...
präsident...
Antrags...
wöhnlic...
sagt der...
dass be...
chen, se...
gensch...
Dauer...
Deutsch...
Teilnah...
stige F...
tigen...
beobac...
kenlose...
mittlung...
Da die...
mittlungen...
bestehen...
der Brief...
chen bere...
„Fern...
sich zu...
beschei...
penfors...
damm 2...
det in...
Runder...
Ihr Abs...
Abstamm...
Das hat...
stelle“...
lich au...
ganzen...
im Rah...
baues...
die se...
schaffen...
schaffen...
lere au...
z. B. im...
wichtige...
Die Ver...
vierjahres...
wege neu...
chem die...
mehr aus...
fachheit...
die Notwe...
„dass si...
in die...
namen...
gearbeit...
Kampf...
men.“...
Der „K...
ist der K...
die ihr F...
die „Spa...
sozialist...
Konvorten...
Volke wie...
schon V...
untersuch...
der Rosen...
sich hera...
ließ in d...
tel, dass...
schmoeck...
nen einig...
die bleibe...
Die Ver...
schaft“ m...
Es ist di...
dieses Sys...

Darf er heiraten?

In der Mühle der Rassegesetze

Ein Mann in Berlin wollte heiraten. Er liebte das Mädchen, das Mädchen liebte ihn, und soweit wäre alles in Ordnung gewesen. Aber eines Tages fragte ihn die arische Braut errötend nach dem Stammbaum. Er musste zugeben, dass er als Kind von drei Monaten in die Obhut arischer Pflegeeltern gekommen sei und von diesen später adoptiert worden sei, dass aber über Name und Art des Säuglings, der er einmal war, Lohengrin'sches Dunkel liege.

Sun beginnt die Jagd nach der Ahnfrau. Die „einwandfrei arische“ Mutter ist tot. Der Mann, den das Gerücht zum Vater ernannt hat, lebt noch. Er ist Jude. Seine Vaterschaft hat er vom ersten Tage an bestritten, ist auch nie zu Unterhaltsleistungen verurteilt worden. Er beharrt noch heute bei der Angabe, das Kind mit der dunklen Herkunft gehe ihn nichts an. Der Standesbeamte tut, was ein deutscher Standesbeamter tun muss: er weigert sich das Eheaufgebot der Verlobten entgegenzunehmen.

In diesem Stadium seines Passionsganges wendet sich der Vielleicht-Mischling an den „Sozialdienst“ des „Berliner Tageblattes“. In Nr. 333 erhält er die Antwort:

Nach der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, § 2, Abs. 2, ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Grosseelternteile abstammt, jüdischer Mischling. Nach der Ausführungsverordnung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes vom gleichen Datum Paragraph 3, Absatz 1, bedürfen staatsangehörige jüdische Mischlinge zur Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen Blutes der Genehmigung des Reichsministers des Inneren und des Stellvertreters des Führers oder der von ihnen bestimmten Stelle. Der Antrag auf Genehmigung ist nach Absatz 3 des gleichen Paragraphen bei der oberen Verwaltungsbehörde (in Preussen der Regierungspräsident, in Berlin der Polizeipräsident) zu stellen, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ferner befragt der Paragraph 3 in seinem 2. Absatz, dass bei der Entscheidung die körperlichen, seelischen und charakteristischen Eigenschaften des Antragstellers, die Dauer der Ansässigkeit seiner Familie in Deutschland, seine oder seines Vaters Teilnahme am Weltkrieg und seine sonstige Familiengeschichte zu berücksichtigen sind. Wir empfehlen Ihnen bei der beabsichtigten Antragstellung, das lückenlose Ergebnis Ihrer bisherigen Ermittlungen vorzulegen.

Da die bisherigen Ergebnisse der Ermittlungen in der Hauptsache aus Lücken bestehen, wird das nicht viel helfen. Aber der Briefkastenonkel hält noch ein Tröstchen bereit:

„Ferner wäre es angebracht, wenn Sie sich zur Erlangung eines Abstammungsbescheides an die Reichsstelle für Sippenforschung, Berlin NW. 7, Schiffbauerdamm 26, wenden würden; sie entscheidet in Zweifelsfällen, und nach einem Hunderlass des Reichsinnenministers gilt ihr Abstammungsbescheid als vollgültiger Abstammungsnachweis.“

Das hat seine Richtigkeit. Die „Reichsstelle“ kann verdienstvolle alte Kämpfer

lich ausgerichtet und die Bedeutung der ganzen paläontologischen Wissenschaft im Rahmen des deutschen Wiederaufbaues festgelegt werden. Die Paläontologie sei keine weltabgewandte Wissenschaft, sondern stehe mitten im Aufbau des deutschen Volkes und liege auch für die praktische Arbeit — z. B. im Rahmen des Vierjahresplanes — wichtige Grundlagen.“

Die Versteinerungsforschung und der Vierjahresplan — wunderbar sind die Wege neudeutscher Wissenschaft. Da reichen die alten Satzungen allerdings nicht mehr aus. Für die NSDAP sprach Reichsfachabteilungsleiter Frank und betonte die Notwendigkeit,

„dass sich die Paläontologen eingliedern in die Reihen jener, die mit Hilfe gezeigter Tatsachenmaterials den Kampf gegen gewisse Tendenzen aufnehmen.“

Der „Kampf gegen gewisse Tendenzen“ ist der Kampf gegen jene Wissenschaftler, die ihr Fach zu ernst nehmen und denen die „Spaltenwissenschaft“ und der blutige Deutungsbetrieb der Wirth und Konsorten sowohl ein Verbrechen am Volke wie an der Geschichte dünkt. Wenn schon Versteinerungen paläontologisch her Rosenberge etwas für den Vierjahresplan herausbringen. Wie und wieso, das ist in den Bayreuther Reden derart dunkel, dass selbst die gleichgeschalteten und einigermaßen lesbaren Bericht schuldig bleiben.

Die Vertreter der neudeutschen „Wissenschaft“ machen in Verdunkelungsübungen. Es ist die selbstverständliche Konsequenz dieses Systems der Heuchelei und Lüge.

Auf einer der turbulenten Tagungen, die im November 1918 die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches in Berlin versammelten, erregte ein junger Hauptmann lebhaftes Aufmerksamkeits. Er sprach mit einer Leidenschaft, die diese entflammte Hörschaft hinriss, für die endliche Realisierung des Friedens unter den Völkern. Er übergipfelte die Radikalität aller Redner durch Bekenntnisse, die ihn auf den linken Flügel jeder Linken fixierten. Das grosse pazifistische Werk könne, so schrieb er in den Saal, nur verwirklicht werden durch eine totale Revolution, die an die gesellschaftlichen Wurzeln greifen müsse. Mit verschwärmten Worten rief er vor allem die deutsche Jugend an die Front. Stürmischer Beifall folgte der Ekstase. Wer war der junge Offizier, der so schonungslos alle Fesseln seiner soldatischen Tradition sprengte? Die Rednerliste verzeichnete: Colin Ross.

Die deutsche Republik, so hungrig sie nach geeigneten Persönlichkeiten auch war, hatte für diesen kühnen Ritter des Wortes keine rechte Verwendung. Es erwies sich wieder einmal die Richtigkeit des Bismarckschen Wortes: „Die Redekunst ist eine Begabung zweiten Grades.“ In der Praxis scheiterte das Irrlicht Colin Ross überall dort, wo er eigene Verantwortung zu tragen hatte. Aber da er vorgab, ein guter Republikaner, Demokrat und Friedens-träger zu sein, so halfen ihm amtliche deutsche Stellen bei der Durchführung von Weltreisen materiell nicht unerheblich. Jüdische Verleger zahlten ihm Vorschüsse für seine Reisebücher. Sie waren, wie man zugeben muss, lebendig, wenn auch oberflächlich geschrieben, und sie fanden ihr Publikum. Wenn Colin Ross mit Sozialdemokraten zusammenkam, war er überzeugter Sozialist, vor bürgerlichen Demokraten bekannte er seine unerschütterliche demokratische Gesinnung, in der Gesellschaft von Parlamentariern der Deutschen Volkspartei erklärte er, dass seine Weltreisen ihn von der Konstanz des kapitalistischen Imperialismus überzeugt hätten, wenn er auch gegenwärtig manche Erschütterungen tragen müsse.

Im März 1933 veröffentlichte Colin Ross

„vollgültig“ arisch sprechen, auch wenn sie es vollgültig nicht sind. Der hier in Frage stehende Mann ist aber bestimmt kein alter Kämpfer, sonst brauchte er seine Hoffnung nicht auf den „Sozialdienst“ des „Berliner Tageblattes“ zu setzen. Die Reichsstelle für Sippenforschung dürfte sich also um die Arierisierung des Vielleicht-Mischlings kaum bemühen. Dass mit des Führers Hilfe eine Gnadenstunde zustande kommt, ist gleichermassen unwahrscheinlich. Die jungen Verlobten werden sich trennen müssen.

Nach Ablauf der Trauerfrist könnte die Geschichte von neuem beginnen: Ein Mann in Berlin möchte heiraten. Er liebt das Mädchen, das Mädchen liebt ihn, und soweit wäre alles in Ordnung. Aber eines

Die Wiener Taube

Wir wissen zu wenig vom Menschen. Trotz des tollen Anschauungsunterrichts unseres Jahrzehnts staunen wir noch immer, wenn wir lesen, dass der Reichskaninchenzüchter-Führer in einer Kundgebung für Hitler die Ergebenheit seines Bundes ausspricht, weil dank des „Umbruchs“ neben den belgischen Riesen nunmehr auch das altdeutsche Langohr in neuen Ausmassen gedeiht. Oder wenn wir in einer Wiener Geflügelzeitschrift („Die Geflügelbörse“, Nr. 9, 1938) den nunmehr vorgeschriebenen Anschlussjubiläum erleben, indem erst eine Hitlerrede als „ein Gebet von einem Gesandten Gottes“ glorifiziert und in diesem Zusammenhang der Wiener Taube gedacht wird:

„Gerade wir Taubenzüchter . . . hatten besonders unter Schuschnigg's Schmachregierung gelitten . . . Dass durch die unendliche Not, die wir alle litten, unsere Zucht, besonders die der kurzen Wiener, sehr stark zurückging, ist selbstverständlich . . . Heil Hitler!“

Wir müssen uns das ewige Stagnieren abgewöhnen, müssen den Dingen ins Gesicht sehen und uns daran gewöhnen, dass unter bestimmten geschichtlichen Umständen im harmlosesten Kleintierzüchter der politische Psychopath sein struppiges Haupt erheben und zur Normalfigur werden kann. Namentlich, wenn von leitenden Grosspsychopathen dauernd an das kranke Ich appelliert wird. Hinter dem Reichskaninchenführer wie hinter der Redaktion jener Geflügelzeitung marschieren Hunderttausende und alle führen sie ihre Leiden auf einen Schuldigen zurück. Schuschnigg ist vom Dritten Reich als Judengenosse abgestempelt worden, mit ihm hat Alljuda die „kur-

Colin Ross

Ein Charaktervorbild für die deutsche Jugend

seinen ersten Hymnus auf Adolf Hitler. Ueberschwänglich bezugte er den neuen Machthabern, dass sie das deutsche Volk endlich von seinem nationalen und sozialen Alpdruck befreit hätten. Im Wettlauf um ihre Gunst liess er die gesamte Konkurrenz um viele Längen hinter sich. Er wurde belohnt: seine Feder erhielt ihren Platz im nationalsozialistischen Schrifttum. Man verwandte ihn als versierten Reise-schriftsteller und schickte ihn ins Ausland, mit der fest umrissenen Aufgabe, überall politische und gesellschaftliche Defekte zu suchen, von denen sich die strahlende Ordnung des Dritten Reiches mit seinem benadeten Führer scharf abheben sollte. Man muss zugeben, dass Colin Ross die in ihm gesetzten Erwartungen in reichem Masse erfüllte.

Vor kurzem war er in Weimar, mit der Aufgabe, über das „Reichsführerlager“ der Hitler-Jugend zu schreiben. Er veröffentlichte einen Aufsatz darüber — das Exemplar einer publizistischen Selbstbefleckung, schmachvoll besonders deshalb, weil Colin Ross in dieser Manifestation vergewaltigter deutscher Jugend das Deutschland Goethes und Schillers verwirklicht sieht. Der entfesselte Pazifist von 1918 schreibt heute:

„Es ist eine Jugend, die in unerbittlich harter Selbstzucht heranwächst, die daneben empfänglich bleibt für alle Weichheit des Herzens, allem Reichtum der Seele. Zu den gleichen jungen Männern, die jetzt so gelöst unter den Fliederbüschen liegen, und mit einem leisen Ziehen der Schnur in der Brust dem Tanz ihrer schönen Kameradinnen zusehen, sprechen die höchsten Führer des Staates und des Volkes, in einer tief innerlichen Disziplin ihnen verbunden.“

Wer sprach da im Geiste der grossen Dichter und Dioskuren zu dieser Jugend? Das war zuerst der Schwerindustrielle Dr. Voegler, der „geradezu als einer der Ihren vor sie hintrat und sie wie Teilhaber und Mithilfende seiner Werke in die grossen Probleme des Vierjahresplanes einführte“. Ihm folgte — Colin Ross ist vom Gefühlsüberschwang hingerissen — der SS-Reichsführer Himmler. Er habe zu den Jungen mit „tiefinnerlichem Ernst“ von der deutschen Gerechtigkeit gesprochen, die

Tages fragt ihn die — jüdische — Braut errötend nach seinem Stammbaum. Er muss zugeben . . . usw. usw. siehe oben. Der Standesbeamte tut wiederum, was ein deutscher Standesbeamter tun muss. Er weigert sich, das Eheaufgebot entgegenzunehmen.

Eine Arierin darf der junge Mann nicht heiraten, weil er vielleicht ein Mischling ist. Eine Jüdin darf er nicht heiraten, weil er vielleicht kein Mischling ist. Er darf, solange in Deutschland die Rassegesetze umgehen, überhaupt nicht heiraten.

„Der Reichsinnenminister hat seine Richtlinien über die Regelung des Besuchs jüdischer Kurgäste in Bädern und Kur-

sich gleich weit von Grausamkeit wie von weichlicher Schwäche fernzuhalten habe. Um die Tagung zu krönen, wurden die Teilnehmer nebst ihren Gästen durch das Konzentrationslager Buchenwald geführt. Colin Ross verzeichnet folgende Ueberfülle der Bilder und der Gedanken, die ihm durch Herz und Hirn gezogen seien:

„Selbst für einen reifen, gesetzten Mann ist es nicht ganz leicht, in die Abgründe der menschlichen Seele zu blicken, die der Besuch eines Konzentrationslagers blosslegt. Es ist nicht leicht, in hunderte und aber hunderte menschlicher Gesichter zu schauen, die von Laster und Leidenschaft gezeichnet, zum Teil nichts Menschliches mehr haben. Und es ist doppelt schwer, unter der Ueberfülle zum Teil grauenhafter Verbrecherphysiognomien auch das Antlitz des einen oder anderen Mannes zu erblicken, den man lieber in den eigenen Reihen sähe, den verbohrt Fanatismus in das gegnerische Lager geführt, und den unschädlich zu machen, harte politische Notwendigkeit zwingt.“

Nein, einen solchen verbohrt Fanatismus besass Colin Ross nicht. Zur rechten Zeit hat er sein Antlitz zu wandeln gewusst, dieser stahlharte Charakterheld. Er legt die Hand aufs Herz: ach, meine lieben ausländischen Freunde, hättet ihr uns doch auf dem Gang durch das Konzentrationslager begleiten können! Ihr hättet euch davon überzeugt, wie schimpflich euch die deutschfeindliche Presse, geführt von Juden, belügt!

Denn im neuen Deutschland sind alle Reichtümer der Seele aufgetan, dicht beim Konzentrationslager ist man von den Manen Goethes und Schillers umschwebt. Nachher sang, so berichtet der Chronist, der BDM-Chor das Lied von der Lüneburger Heide: „Liebster Schatz — — —“, und die Jungen antworteten mit klingenden Stimmen: „Liebster Schatz, Du weisst es ja!“

Die deutsche Jugend darf auf ihren Seelenkinder stolz sein: einer der Ibrigen, der ihre grosse Wandlung in reiferen Jahren noch miterlebt! Diese Jugend, der man das Konzentrationslager als Beispiel des deutschen Aufbaues zu zeigen wagt, fühlt nicht, dass dieser Colin Ross sie schändet, indem er sie zu deuten versucht. Harald

orten ergänzt. Darnach ist die Regelung grundsätzlich von dem Träger der Kureinrichtungen zu treffen. Von einer Regelung durch Polizeiverordnung ist abzusehen. Die getroffenen Bestimmungen sollen die Beschränkungen, die für jüdische Kurgäste gelten, genau ersehen lassen. Insbesondere sind Einrichtungen, zu deren Benutzung sie nicht oder nur in beschränktem Umfang zugelassen sind, genau zu bezeichnen und die besonderen Benutzungszeiten und örtlichen Beschränkungen in einzelnen anzugeben. Zu den Gemeinschaftseinrichtungen, von deren Benutzung jüdische Kurgäste in Heilbädern ausgeschlossen werden können, gehören, wie der Minister feststellt, auch Strandbäder, Luft- und Sonnenbäder.“ (Deutsche Zeitungsmeldung.)

„In Wien sind am 5. Mai bei einer sogenannten „Haussuchung“ hervorragende Kunstwerke: ein Bild von Renoir und ein männliches Porträt von Kokoschka durch eine Gestapo-Abteilung zerschnitten worden. Das in vier Teile zerschnittene Bild von Kokoschka konnte aus Deutschland herausgeschafft werden und befindet sich in London. Der Freie Künstlerbund, dessen Ehrenpräsident Kokoschka ist, protestiert mit Entrüstung und Abscheu gegen diesen Akt eines beispiellosen Vandalismus, der die unausbleibliche Folge jener Hetze ist, die die wahre deutsche Kunst als „entartet“ zu unterdrücken versucht.“

Die beiden grossen Deutschen

Bei Goethe ist es so, dass er als der schöpferische Dichter den Vorteil der kämpfenden Natur besitzt, damit den Vorsprung seinen Vorläufern gegenüber gewinnt und den Lorbeer des Sieges davonträgt. Adolf Hitler ist das Tatgenie, das alle völkischen Sehnsüchte erfüllt, indem es die Konsequenzen aus der Geschichte seiner Rasse und seines Volkstums zieht und alle völkischen Probleme gestaltend zusammenfasst.“ („Westdeutscher Beobachter.“)

„Sobald man einen Despoten auftauchen sieht, so kann man sicher sein, bald einem Rechtsgelehrten zu begegnen, der voller Gelehrsamkeit beweisen wird, dass die Gewalt legitim ist und dass die Besiegten schuldig sind.“

Aus: Alexis De Tocqueville (1805—1859), „Autorität und Freiheit“.

Gestapo zerschneidet Bilder

Der „Freie Künstlerbund“, die Organisation emigrierter deutscher Künstler, deren Vorsitzender der Maler Oskar Kokoschka ist, hat in einer Versammlung am 6. Juli einstimmig eine Resolution beschlossen, in der gegen den Vandalismus der Gestapo protestiert wird. In der Resolution heisst es:

Um fünfzig Jahre zurückgeworfen

Emil Kirdorfs Testamentsvollstreckung

Der alte Kirdorf ist gestorben. In ihrem Nachruf sagt die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft: „Dem Ruhrbergbau war er zum getreuen Ekkehard geworden, dem Führer Adolf Hitler, in dem er als einer der ersten deutschen Industriellen den Retter Deutschlands aus tiefer Schmach erkannte, ein verehrungsvoller, zuverlässiger Freund.“ Jedes Wort ist verdient. Wer Adolf Hitlers Aufstieg und seine Beziehungen zur deutschen Schwerindustrie beschreibt, stösst immer wieder auf Emil Kirdorf, den Inhaber des Adler-Schildes des Dritten Reiches. In enger Verbindung mit Thyssen hat er die frühesten Freundschaftsbande zwischen den Industrie- und Bankmagnaten und dem Nationalsozialismus geknüpft. Mitten im antikapitalistischen Werbefeldzug Hitlers erblickte Kirdorf in Hitler den zukünftigen Pionier zur Zerschlagung der Gewerkschaften, deren erbitterter Feind Kirdorf zeitlebens gewesen ist. Als noch die Mehrzahl der deutschen Schwerindustriellen abwartend und misstrauisch war, versuchte sie Kirdorf immer wieder zur materiellen Unterstützung der SA zu bewegen. Nach Hitlers Wahlsieg im Jahre 1930 setzte es Kirdorf zusammen mit dem Leiter des bergbaulichen Vereins, dem Bergassessor von und zu Löwenstein, endlich durch, dass von jeder geförderten Tonne Kohlen ein bestimmter Prozentsatz für die nationalsozialistische Bewegung „abgezweigt“ wurde, und als 1932 die Schuldenlast der Bewegung aufs höchste gestiegen war, klopfte der Führer bei seinem Freunde in Gelsenkirchen nicht vergeblich an.

Der 30. Januar 1933 war für Kirdorf, wie er vor zwei Jahren an der Festtafel anlässlich seines 90. Geburtstages an der Seite Adolf Hitlers, verriet, der schönste Tag seines Lebens! In der Tat bedeutete es für ihn eine grosse Genugtuung, als sich neben dem Führer auch eine Abordnung der gelbsten aller gelben Gewerkschaften, der Deutschen Arbeitsfront, zur Gratulation meldete.

Bei dem grossen Bergarbeiterstreik im Jahre 1906 hatte jeder Ruhrkumpel mit Ingrim die Namen der drei schlimmsten Sozialreaktionäre, die ihnen Rechte und Lohn versagten, auf den Lippen: Stinnes, Thyssen und Kirdorf. Heute sind sie rechtloser als je zuvor, und am Grabe des alten Kirdorf trauert das Offiziosentum des Dritten Reiches um einen Wegbahner des „deutschen Sozialismus“, den „ersten nationalsozialistischen Wirtschaftsführer“.

Ein Menschenalter hindurch hat Emil Kirdorf hinter den Kulissen der deutschen Politik den verhängnisvollsten Einfluss ausgeübt, um die Sozialpolitik zu zerstören und die Weimarer Republik zu unterminieren. Das Werk der Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, das der Hitler-Faschismus vollendet hat, war vom Manchester-Liberalismus schon 1872 versucht worden. Aus diesen Kreisen stammten die ersten Anregungen zur Beschränkung des Koalitionsrechts und zur Bestrafung des Kontraktbruches des Arbeiters. In diesen Kreisen fand das Sozialistengesetz seine stärkste Stütze. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes entwickelten sich die Wirtschaftsverbände, die im Dienst der Zoll- und Interessenpolitik gestanden hatten, zu Kampfverbänden der Unternehmer gegen die Arbeiter. Sie hofften erst auf eine gesetzliche Unterdrückung der Gewerkschaften. Als ihre Träume nicht in Erfüllung gingen, ergriffen sie die Waffe der organisierten Streikversicherung und solidarische Aussperrungsmassnahmen. Der Führer des Zentralverbandes Kirdorf und sein Geschäftsführer Bück hatten der kaiserlichen Regierung 1897 und 1898 einen Propagandabeitrag von 12 000 Mark bereitgestellt, um die „Zuchthausvorlage“ Gesetz werden zu lassen. Am 7. September 1898 hatte Wilhelm II. erklärt, dass jeder,

„er möge sein, wer er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“

Nachdem die Zuchthausvorlage abgelehnt worden war, hatten die Scharfmacher die Hoffnung auf eine staatliche Vernichtung der Arbeiterorganisationen aufgegeben. Die Opferwilligkeit der Sozialreaktion steigerte sich ins Unermessliche, aus 12 000 Mark wurden Millionen Kampfgelder gegen die Arbeiterorganisationen. Die Ära der grossen Massenaussperrungen begann, aber weder Repressalien noch systematische Aussperrungstaktik vermochten die Entwicklung der Gewerkschaften aufzuhalten. Von 1905 ab wurden in einen Streikfond, den der aus dem Crimmitschauer Weberstreik bekannte Scharfmacher Kommerzienrat Vogel als Juliusturm bezeichnete, 1 Prozent der Lohnsummen angesammelt, bis es sich als vorteilhafter erwies, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Judasgelder zur Niederwerfung der Arbeiterorganisationen zu schenken.

Die Kirdorf und Genossen waren gewerkschaftsfeindlich aus Prinzip. So erklärte Kirdorf 1905 auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik die christlichen Gewerkschaften für nicht minder gefährlich, als die freien Gewerkschaften, weil sie unter „dem Deckmantel des Christentums“ kämpften. Der Feldzug gegen Tarifrücknahme, gegen gesetzlichen Arbeiterschutz und für den Zehn-Stundentag war zum Scheitern verurteilt, solange die deutsche Arbeiterschaft über freie Organisationen verfügte, um sich kollektiv zur Wehr setzen zu können.

Erst die Arbeitsverfassung Adolf Hit-

lers hat Emil Kirdorfs Träume zur Realität gemacht. Es liest sich wie das Testament dieses Arbeiterfeindes, wenn der Nazi-Arbeiterrechtsausschuss am Sarge seines grossen Auftragsgebers den Entwurf eines Gesetzes über das Arbeitsverhältnis verkündet, das an die Stelle des Arbeitsrechts und des Arbeitsvertrages ein „auf Treue, Ehre und Fürsorge begründetes Gemeinschaftsverhältnis“ setzt. Mit dieser Neuregelung sollen alle Schutzbestimmungen für Arbeiter und Angestellte in der Gewerbe-Ordnung, im Handelsgesetzbuch, in der Landarbeiterordnung und das Kündigungsschutzgesetz für Angestellte aufgehoben werden. Die sozialen Schutzgesetze enthielten Mindestbestimmungen, die durch die Arbeitsverträge, insbesondere die Kollektivverträge weitgehend verbessert werden konnten. Die neue Regelung der Arbeitsverhältnisse soll einheitlich sein, d. h. die bisherigen erhöhten Schutzbestimmungen, wie sie für einzelne Berufe erreicht worden waren, werden auf den tiefsten Stand vereinheitlicht. Die gesetzlichen Normen werden in Zukunft grundsätzlich nicht mehr zwingenden Rechts sein.

„Es ist nicht Sache wohlüberlegter und pflichtbewusster Gesetzgebung, das Paradies auf Erden zu versprechen und einseitig, wenn auch noch so gutherzigen sozialpolitischen Wünschen nachzugeben.“

Der Arbeitsvertrag wird nur noch als ein Schritt zur Verwirklichung des Arbeitsverhältnisses (Eintritt in die Betriebsgemeinschaft) gewertet. Von ihm „hängt nicht die rechtliche Bindung der Beteiligten durch das Arbeitsverhältnis ab“. Er gilt nur noch als Vorläufer der Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft. Es gibt also weder zwingendes Recht

noch zwingenden vertraglichen Schutz. Das neue Arbeitsverhältnis kennt insbesondere keinen Lohnvertrag mehr. Wohl ist von einer Lohnpflicht für geleistete Arbeit die Rede, „wenn die Arbeitsleistung den Umständen nach gegen Vergütung zu erwarten war“ (Paragraph 32.)

„Hieraus folgt, dass Entgeltlichkeit der Arbeit nicht zum Wesen des Arbeitsverhältnisses gehört. Auch ohne Lohn ist das Arbeitsverhältnis aber immer ein gegenseitiges Verhältnis — oder mehr, denn es ist ein Gemeinschaftsverhältnis.“

Hier kommt der grundsätzliche Wandel vom Arbeitsverhältnis, das auf Recht und Vertrag begründet war, zum sogenannten Treueverhältnis zwischen Herrn und Knecht unzweideutig zum Ausdruck. Der Unternehmer hat die Beschäftigungs- und die Fürsorgepflicht der Arbeiter eine bedingungslose Arbeitspflicht.

Das sogenannte Gemeinschaftsverhältnis zwischen dem Unternehmer und seinen Gefolgsleuten zwingt diese, ihre Arbeitskräfte nicht nur für den Betrieb, sondern für einen Unternehmer einzusetzen, also nicht nur für den Betriebsunternehmer.

„Aber gerade deshalb konnte sich der Entwurf der Tatsache nicht verschliessen, dass Arbeit bisweilen ausserhalb eines Betriebes geleistet wird. Hier galt es nicht eine Betriebsgemeinschaft ausserhalb der ihr gemässen soziologischen Raumes zu konstruieren, sondern dafür zu sorgen, dass die auch zwischen dem einzelnen Unternehmer und seinem einzelnen Gefolgsmanne angelegte soziale Gemeinschaft sich in den Bahnen des Rechts entfalten kann.“

An anderer Stelle ist davon die Rede, dass sich der Gefolgsmanne für das Wohl des Unternehmers einzusetzen hat, ihm auch ausserhalb der Arbeit „keine Schande machen“ darf usw.

Das ganze Gesetz über das Arbeitsverhältnis ist eine einzige Rechtsquelle für ein ausgesprochenes Hörigkeitsverhältnis des Gefolgsmanne zu seinem Betriebsführer — besser gesagt des Knechtes zum Herrn. Die Einzelbestimmungen wären, selbst wenn sie die bisherigen Schutzbestimmungen erhalten hätten, für die Praxis belanglos. Aber zu aller Vorsorge sind auch noch diese Einzelbestimmungen, die Mindestbedingungen, wie sie bisher hinsichtlich Einstellung, Entlassung, Lohnzahlung usw. in der Reichsgewerbeordnung, dem Handelsgesetzbuch und den übrigen Sozialgesetzen bestanden hatten, beseitigt worden.

Die deutschen Arbeiter stehen heute wo sie vor fünfzig Jahren waren. Wie lange noch? S. A.

Achtung!
die „kleinen
Treffer“

Wir werden künftig an dieser Stelle eine Anzeigenrubrik: die „kleinen Treffer“ einrichten, die unsere Inserenten mit dem grossen Leserkreis des „Neuen Vorwärts“ in Verbindung bringen wird.

Der „Neue Vorwärts“ wird heute in fast allen Staaten Europas, in Amerika, in Afrika, in Asien gelesen — er ist in mehr als vierzig Ländern der Erde verbreitet. Dieses Verbreitungsgebiet sichert Anzeigen im „Neuen Vorwärts“ grössten Erfolg; es wird auch kleine Anzeigen zu Treffern machen.

Wollen Sie nicht auch den Versuch machen, mit Hilfe einer kleinen Anzeige Erfolge zu erzielen? Sie suchen Rat, Hilfe, Stellung? Sie wünschen etwas zu verkaufen, zu tauschen, zu erwerben? Sie suchen Verbindungen?

Bedenken Sie: der „Neue Vorwärts“ wird von vielen tausend Menschen — durch gleiche oder verwandte Interessen verbunden — bezogen, die Ihren Wunsch mit Interesse lesen werden.

Der Preis dieser „kleinen Treffer“ ist sehr niedrig angesetzt. Eine Zeile (etwa vierzig Buchstaben!) kostet nur fr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i. für Belgien: bfr. 4.—; Tschechoslowakei: Kc. 4.—; England: d 8; Holland: hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60). Unseren Lesern, die noch im August ein Inserat aufgeben, gewähren wir einen Rabatt von 10 %.

Bedienen Sie sich bitte des anhängenden Gutscheines. Zahlen Sie den Betrag (je vierzig Buchstaben gleich fr. 5.— abzüglich 10 %) auf eines unserer Postscheckkonten ein, schneiden Sie den untenstehenden Gutschein aus und senden Sie ihn ausgefüllt an:

NEUER VORWÄRTS
5, Rue Mayran
Paris (IX)

GUTSCHEIN

Ich bitte um Gewährung eines 10%igen Rabatts bei maliger Aufnahme folgenden Inserats:

Name und genaue Adresse:

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. pro ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs. Preis der Einzelnummer im Ausland (in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Millr. (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 4.— (4.20), Palästina P. Pl. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 4.— (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris, C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris, Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris, Warschau 124 124. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris, Nr. VIII 14 697. Rumänien: Kreditsbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Kreditsbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.